

Kapitel 7 – Identitätsformationen der Aufnahmegesellschaft

7.1 »Ihr seid ja auch alles Flüchtlinge!« Eine Außenperspektive auf die imaginierte Gemeinschaft

Im Juni 2022 sitze ich in einem Wohnzimmer in Rostock-Lichtenhagen und führe ein Interview mit der Familie Demir* aus der Türkei.¹ Nach Ende des offiziellen Gesprächs gibt es Tee und Gebäck und wir gehen in eine allgemeine Unterhaltung über. Bilmen Demir* zeigt mir ein Buch, das er gerade liest: »Wolfszeit« von Harald Jähner, das die Entwicklungen in Deutschland nach 1945 reflektiert. Herr Demir* ist vor politischen Repressalien aus der Türkei geflohen, inzwischen konnte seine Familie nachkommen. Gerade absolviert er zusammen mit seiner Frau den verpflichtenden Integrationskurs, in dem neben Deutsch als Zweitsprache auch landeskundliche Themen unterrichtet werden. Unter anderem wurde auch die deutsche Nachkriegsgeschichte thematisiert und Herr Demir* wurde auf dieses Buch aufmerksam gemacht. Nun blättert er darin und deutet auf Fotos und Textpassagen. »Das habe ich nicht gewusst«, meint er mit Blick auf die über zwölf Millionen Menschen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Nachkriegsdeutschland Zuflucht gefunden haben und resümiert: »Ihr seid ja auch alles Flüchtlinge!«²

Was Herr Demir* in diesem Gespräch transportiert, ist nicht nur Erstaunen über die Vertreibungsgeschichte vieler Deutscher, sondern damit verbunden auch die Erwartung, dass sein eigenes Fluchterlebnis und die Situation des Neuanfangs einen Anknüpfungspunkt an die Aufnahmegesellschaft darstellen könnten, die offensichtlich so stark von eigenen Flucht- und Vertreibungserfahrungen geprägt wurde. Damit trifft er eine zentrale Frage der bundesdeutschen Befindlichkeiten, wenn es um Migration und Vielfalt geht, nämlich die Frage nach dem kollektiven Selbstbild einer Gesellschaft und seiner Beständigkeit. Wer gehört in dieses Bildnis hinein, wer nicht, wer steht am Rand und wer

1 Dieses Kapitel ist in einer Erstfassung erschienen in: Di Pinto, Daniela/Kroll, Frank-Lothar (2025): Migration und Zuwanderung nach Chemnitz als interkultureller Mehrwert, Berlin: Duncker & Humblot. Für diesen Band wurde es überarbeitet und ergänzt.

2 Interview mit Familie Demir* (Pseudonym), aus der Türkei, Juni 2022.

in der Mitte, wer bestimmt darüber und welche Konsequenzen hat diese Anordnung für die Einzelnen?

Diese Fragen berühren wissenschaftliche Felder der Philosophie, Anthropologie und Kulturwissenschaften, die sich mit kollektiven Identitätsprozessen, der Bedeutung von kollektiven Erinnerungsformen und Fragen der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe auseinandersetzen. All diese Phänomene eint ihr konstruktivistischer Charakter, so wie er sehr eingängig in dem Buchtitel ›Imagined Communities‹ des britischen Politologen Benedict Anderson zum Ausdruck kommt. Mit Fokus auf Prozesse der Staatenbildung thematisiert Anderson in diesem Essay die Frage, wie sich Individuen überhaupt einem derart abstrakten Gebilde wie einer Nation zugehörig fühlen können, da es ihnen doch praktisch unmöglich ist, in eine persönliche Beziehung mit allen Mitgliedern dieser Gemeinschaft zu treten. Daher handele es sich bei der nationalen Identität stets um eine imaginierte Zugehörigkeit, die aber sozial geteilt und damit kollektiv als Wirklichkeit angenommen wird (Anderson 1983: 6). Sie konstituiert sich durch Prozesse der sozialen Identitätsbildung und prägt dabei ein kollektives Gedächtnis aus, das den Mitgliedern der vorgestellten Gemeinschaft zur kollektiven Selbstvergewisserung dient (Assmann 1988: 15).

Der Begriff des kollektiven bzw. kulturellen Gedächtnisses wurde von dem französischen Soziologen Maurice Halbwachs und den Kulturwissenschaftler:innen Aleida und Jan Assmann geprägt (Halbwachs 1966, Assmann 1988, 1999). Ähnlich wie das individuelle Gedächtnis speichert es Erinnerungen, die als Referenz für die Interpretation von gegenwärtigen und zukünftigen Ereignissen und Entscheidungen dienen. Dafür benötigt das Kollektiv jedoch eine Verständigung über jene Elemente, die in die gemeinsame, geteilte Erinnerung eingepflegt werden. Die geschieht durch Kommunikationsprozesse, d.h. durch die Weitergabe von Erfahrungen und Traditionen, oft über mehrere Generationen hinweg, bis eine ›Großerzählung‹ der Wir-Gruppe entsteht, welche ihr Selbstbild stabilisiert. Zugleich können derartige Kommunikationsprozesse auch institutionalisiert werden, beispielsweise durch die Konstruktion einer offiziellen historischen Narration und Erinnerungskultur. Für den forschenden Blick ist dabei nicht nur von Bedeutung, was in den Kanon der Erinnerungen aufgenommen wird, sondern auch, was der »kollektiven Amnesie« anheimfällt (Johnson 2007: 318).

7.1.1 Salzgitter: ›Turm der Arbeit‹ – ein kollektives Gedächtnis mit Lücken

Immer wieder werden die Lebensgrundlagen von Menschen durch andere zerstört. In Salzgitter haben sich Menschen erfolgreich dagegen gewehrt. Ein ebenso zeitloses Beispiel wie Zwangsarbeit und Flucht. Das Monument zur Stadtgeschichte Salzgitters ist aber nicht nur den dunklen Seiten der Geschichte gewidmet. Nach solchen Zeiten wächst immer wieder neues Leben, dargestellt am Wiederaufbau in Salzgitter, gekrönt von einem freien Arbeiter, einem Mann am Hochofen, der den ›Turm der Arbeit‹ beherrscht.

Ausschnitt aus einem Prospekt zum Monument ›Turm der Arbeit‹

Die heutige Stadt Salzgitter ist ein Konglomerat von insgesamt 28 mittelgroßen und kleineren Städten und Dörfern. Ihre Amalgamierung zur Stadt Salzgitter am 01.04.1942 verdankt sie den Eisenerzvorkommen in der Region und dem Bedarf, diese im Kontext der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs effektiv auszubeuten. Bereits 1937 wurden die Reichswerke ›Hermann Göring‹ gegründet und ein Hüttenwerk errichtet, um das geförderte Erz direkt vor Ort zu Stahlprodukten zu verarbeiten. Der enorme Arbeitskräftebedarf wurde durch Anwerbungen »aus dem gesamten Reichsgebiet« sowie durch Zwangsarbeiter:innen gedeckt, die – wie die städtische Homepage konstatiert – unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen litten und zu Tausenden zu Tode kamen. Die Ruhestätten dieser Menschen auf zwei städtischen Friedhöfen sind heute »eindringliche Erinnerungsorte in Salzgitter«, so die Homepage (Stadt Salzgitter/Kugellis 2025a). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs siedelten sich tausende Geflüchtete und Vertriebene in Salzgitter an. Sie alle bauten auf Arbeitsmöglichkeiten in der und um die Hüttenindustrie, der jedoch die Demontage drohte. Auch weitere Investitionen in die nach wie vor dysfunktionale Infrastruktur der zusammengewürfelten Stadt standen auf der Kippe. Doch die Menschen leisteten erfolgreich Widerstand gegen die Demontage und sicherten der Stadt auf weitere Jahrzehnte eine stabile wirtschaftliche Basis und damit sich selbst eine Lebensgrundlage. Dieser gemeinsam errungene Neuanfang ist ein wichtiger Ankerpunkt der kollektiven Erinnerung Salzgitters (Stadt Salzgitter/Kugellis 2025b).

Ein 1995 in der Fußgängerzone von Salzgitter-Lebenstedt aufgestelltes Monument (Abb. 7.1) gilt heute als einer der zentralen Erinnerungsorte, der »einer jungen Stadt Identität« gibt, so ein Prospekt zum Monument (ebd.). Der beinahe 14 Meter hohe ›Turm der Arbeit‹ des Braunschweiger Bildhauers Jürgen Weber, ein Koloss aus Marmor und Bronze, manifestiert in insgesamt fünf Etagen und durch rund 100 Figuren die kollektive Erinnerung der Stadt: Zwangsarbeit – Industrielandschaft – Flucht und Vertreibung – Demontage – Wiederaufbau. Die Spitze des Monuments wird durch die Bronzefigur des ›Probennehmers‹ gebildet. Er repräsentiert den »arbeitenden Menschen und den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung Salzgitters«, gibt eine Informationstafel neben dem Monument Auskunft.

Wenn man sich in den Einkaufsstraßen Salzgitters bewegt, fällt sofort die ethnische Diversität der Bevölkerung auf. Rund 30 % der Einwohner:innen Salzgitters haben eine Migrationsbiographie, viele von ihnen stammen aus der Türkei und kamen durch die Anwerbeabkommen der 1960er Jahre nach Salzgitter. Vor allem das Stahlwerk in Salzgitter-Watenstedt hatte einen großen Arbeitskräftebedarf – zu Spitzenzeiten waren dort bis zu 1.500 »Gastarbeiter:innen« tätig. Widrige Lebensbedingungen prägten ihre ersten Jahre in Deutschland. Sie waren in einfachen Baracken untergebracht, teils hatten sie nicht einmal ein eigenes Bett, sondern schliefen, wie sie arbeiteten – »im Schichtbetrieb« (Redaktion Hallo Wochenende Salzgitter 2013). Während einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 50sten Jahrestages der Anwerbung, an der auch der Enthüllungsjournalist Günther Wallraff teilnahm, kamen die Gastarbeiter:innen von einst mit ihren durchaus konträren Erinnerungen zu Wort. Während die Angeworbenen der ersten Generation meist höflich die Chancen lobten, die sie durch die Einwanderung nach Deutschland erhalten hatten, kritisierten die Nachgeborenen die nachhaltige Schlechterstellung und Diskriminierung, die sie erlebten. »Demütigungen und Anfeindungen waren normal«, berichtet der Sohn eines ›Gastarbeiters‹, der 1990 seine Ausbildung bei der Salzgitter AG

abgeschlossen hatte. Er spricht von räumlicher Segregation auf dem Werksgelände und von der Tendenz, »unliebsame Arbeiten [...] auf die Türken« abzuschieben. Ähnlich erlebte es Günther Wallraff während seiner verdeckten Beobachtung in der Figur eines ›Gastarbeiters‹ in den 1980er Jahren bei Thyssen Krupp: »Der Arbeiter auf der untersten Ebene hatte immer noch einen Türken unter sich, den er rumkommandieren konnte.« (Ebd.) Diese offenen Formen der Diskriminierung seien heute Geschichte, befindet indes eine Führungskraft des Konzerns: »Qualität und nicht Nationalität« seien entscheidend für den persönlichen Erfolg, wie es einer »Einwanderungsstadt wie Salzgitter« würdig und »gut gelungen« sei. Tatsächlich sind Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund heute in der Stadtgesellschaft präsent. Sie sind überdurchschnittlich im Bereich der unternehmerischen Selbständigkeit vertreten und engagieren sich auch politisch für die Stadtgesellschaft: so fanden wir beispielsweise auf einer Parteiliste für die Kommunalwahl 2022 fast ausschließlich Kandidat:innen mit einer familiären Migrationsgeschichte. Obgleich sich diese Gruppe also nahtlos in die Großerzählung der leistungsfähigen Arbeiter- und Einwanderungsstadt einfügt, ist sie dennoch kein Bestandteil der kollektiven Erinnerung, wie sie in der Skulptur ›Turm der Arbeit‹ öffentlich präsentiert wird.

Abb. 7.1: *Turm der Arbeit*



Foto: Friederike Enßle-Reinhardt, 2022

7.1.2 Die Herausbildung einer vorgestellten Gemeinschaft

Aus der Salzgitterer Situationsbeschreibung kann die Frage abgeleitet werden, unter welchen Voraussetzungen ein inklusives Verständnis von Zugehörigkeit entsteht, das nicht nur individuell empfunden, sondern auch nach außen vermittelt und von der Gesellschaft erkannt und akzeptiert wird (Mecheril/Sensenschmidt-Linzner 2019: 394). Die identitätsstiftende Großerzählung über Salzgitter dient der inneren Festigung einer vorgestellten Gemeinschaft, deren Zugehörigkeit jedoch nicht allen gleichermaßen offensteht. Während ethnisch deutsche Geflüchtete und Vertriebene ein maßgeblicher Teil der Großerzählung geworden sind, ebenso wie die aus allen Teilen »des deutschen Reichs« zusammengewürfelte und administrativ verschweißte Stadtgesellschaft, weist die Ausklammerung der ethnisch »anderen« Teile der Salzgitterer Stadtgesellschaft darauf hin, dass Zugehörigkeit anhand nationaler, kultureller und ethnischer Faktoren determiniert wird. Typisch für Einwanderungsgesellschaften, wie der Pädagoge Paul Mecheril (2003) argumentiert, wird die Gesellschaft dabei entlang dieser Faktoren in eine Hierarchie gebracht, was zur Privilegierung der einen und Benachteiligung der anderen führt.

(Nicht nur) im Kontext von Migration geraten gesellschaftliche Sozialisationsprozesse im Sinne der Herausbildung von *imagined communities* in Bewegung. Sie werden ebenso herausgefordert durch demographische Dynamiken und Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen. Dennoch sind die einmal entstandenen sozialen Gemeinschaften wirkmächtig, ebenso wie die mit ihnen einher gehenden sozialen Strukturen und Hierarchien sowie die innerhalb der vorgestellten Gemeinschaft entwickelten Normen des Zusammenlebens. Neuhinzukommende müssen dieses Referenzsystem kennen und verstehen lernen und sich in die soziale Struktur einordnen. Dies ist jedoch kein selbstbestimmter Prozess, sondern hängt wesentlich davon ab, wie Zugewanderte auf der Individual- und Kollektivebene von der Aufnahmegesellschaft wahrgenommen und angenommen werden. Dabei, und das ist auch die implizite Annahme von Herrn Demir*, fungieren vorangegangene Zuwanderungsprozesse und die Erinnerung daran als Referenz für die Einordnung aktueller und zukünftiger Zuwanderungen in das kollektive Selbstbild. Wie wir am Beispiel von Salzgitter gesehen haben, ist nicht nur die nationale Großerzählung, sondern gerade auch die lokale kollektive Erinnerung entscheidend. Wie werden Zugewanderte in das kollektive Selbstbild eingefügt und damit Teil der kollektiven Erinnerung? Und welche Effekte hat die Inklusion oder auch Exklusion des migrantischen Anderen für die Offenheit der Aufnahmegesellschaft gegenüber der 2015 ankommenden Geflüchteten? Diesen möglichen Anknüpfungspunkten sind wir in unseren Interviews nachgegangen.

7.2 Lokale Migrationsbiographien

In unseren Interviews mit lokalen Akteur:innen über ihre Erfahrungen mit der Aufnahme von Geflüchteten in das kleinstädtische Gemeinwesen erkundigen wir uns stets auch nach historischen Referenzen. Interessanterweise sprechen viele Interviewpartner:innen zunächst ihrer eigenen Gemeinde jegliche Migrations- und Integrationserfahrung

ab. Auf nochmalige Nachfrage werden dann aber doch Erinnerungen an Zuwanderung gehoben und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen ›Neubürger:innen‹ und des Umgangs mit ihnen reflektiert. Dabei ist bei einer genaueren Betrachtung dieser Gruppen erkennbar, dass sie unterschiedliche Positionen im kollektiven Gedächtnis einnehmen. Am markantesten ist dies bei den Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, die, obgleich doch so dominant angesichts ihrer schieren Menge, selten spontan in das lokale Migrationsgedächtnis eingearbeitet werden. Offensichtlich scheint diese Gruppe kaum in die kollektive Vorstellung von ›Migration‹ hineinzupassen, die vorwiegend durch natio-ethno-kulturelle Nicht-Zugehörigkeit determiniert ist. Eindeutiger erschließt sich für viele Gesprächspartner:innen die Referenz auf frühere Arbeitsmigrationen – die Ära der ›Gastarbeiter:innen‹ im Westen und der ›Vertragsarbeiter:innen‹ im Osten –, die vor allem an den Standorten der industriellen Produktion sichtbare Präsenz entfalteten. Ebenfalls lokal nur punktuell erinnert wird die Ankunft der Spätaussiedler:innen aus Osteuropa sowie der Geflüchteten aus dem zerfallenden Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre, die mit den Geflüchteten von 2015 das Schicksal der kollektiven Unterbringung, prekären Aufenthaltsregelungen und Mobilitätsrestriktionen teilen. Entlang der Erinnerung an diese verschiedenen Einwanderergruppen und ihrer herkunftsbezogenen ›Fremdheit‹ werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Integrationsprozess reflektiert und daraus ein Referenzrahmen entwickelt, vor dem die Aufnahme und Integration von Geflüchteten nach 2015 beurteilt wird.

7.2.1 »Das waren ja Deutsche, die aus dem Osten gekommen sind«: Kriegsflüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg

Es gab natürlich GANZ VIELE, die als Flüchtlinge gekommen sind nach dem Zweiten Weltkrieg oder am Ende vom Zweiten Weltkrieg [...], also das waren eben Katholiken, die hier ankamen, haben da Häuser gebaut und so, ja. Klar, das wird damals auch irgendwie eine Integrationsgeschichte gewesen sein, da war ja auch evangelisch und katholisch noch so ein bisschen vielleicht kontra oder keine Ahnung, da weiß ich nichts drüber, das war ja lange vor meiner Zeit. Aber natürlich, das waren ja Deutsche, die aus dem Osten gekommen waren.

Michael Hausmann über die Migrationsgeschichte der Gemeinde Trabsen* in Niedersachsen³*

Gerade eine der größten Gruppen, die nach 1945 in der Bundesrepublik und der DDR Aufnahme fanden, werden häufig gesondert be- und verhandelt. Vielfach werden sie aus dem Migrationsdiskurs ausgeklammert, da sie nach Ansicht vieler als »Deutsche aus dem Osten« keine »richtigen« Migrant:innen waren, insofern Migration nach völkisch-nationalen Kriterien betrachtet wird.⁴ In der Rückschau wird die mustergültige Integration der Vertriebenen in das Eigene betont, gerne in Abgrenzung von den späteren

3 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in Trabsen* (Pseudonym), Niedersachsen, November 2019.

4 Im deutschen Migrationsnarrativ fehlen bedeutende Gruppen, weil sie nicht unter das stereotype Bild der ›Migration‹ subsumiert werden, z.B. die Geflüchteten und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg (Alexopoulou 2020: 101). Ähnliche Lücken weist das kollektive Gedächtnis von Städten und Gemeinden auf, obgleich es vielerorts allein durch die Größenordnungen der Ankünfte

»Migrationsanderen« – den Einwander:innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Doch objektiv betrachtet verlief auch die Eingliederung der Vertriebenen keineswegs reibungsfrei, und die Mechanismen des »othering«, also der Ausgrenzung durch stereotype Zuschreibungen des sozialen und kulturellen Andersseins, waren durchaus wirkmächtig.

Im kriegszerstörten Deutschland bedeutete die Aufnahme von rund zwölf Millionen Geflüchteten und Vertriebenen eine immense Zumutung, die überall im Lande deutlich spürbar war, insbesondere in den ländlichen Regionen, wo nach 1945 teils ein Viertel der Wohnbevölkerung einen Flucht- bzw. Vertreibungshintergrund hatte (Steinert 1995: 561). Spitzenreiter waren die dünn besiedelten Gebiete Norddeutschlands, wo sich die Bevölkerung mancher Ortschaften fast verdoppelte (Kossert 2008: 10). Aus versorgungspolitischen Gründen wurden die Vertriebenen vorzugsweise in ländlichen Regionen angesiedelt. Doch auch dort war Wohnraum knapp. Vertriebene mussten gegen den Willen der Einheimischen zwangseinquartiert werden und waren von der öffentlichen Wohlfahrt abhängig. Viele lebten in großer Armut und fanden zunächst kaum Arbeitsmöglichkeiten, mit denen sie die eigene Existenz sichern konnten. Damit wurden sie schon aus ökonomischen Gründen auf der untersten Ebene des sozialen Gefüges in der jeweiligen lokalen Gesellschaft platziert (Bauerkämper 2010: 48off).

Zwar waren die Vertriebenen ebenfalls Deutsche, aber durch ihre Herkunft als »Deutsche aus dem Osten« als »Anders« markiert, deutlich zu identifizieren durch dialektale, kulturelle oder konfessionelle Unterschiede. Zeitzeug:innen sind vor allem die konfessionellen Unterschiede erinnerlich, denn durch den Zuzug von Vertriebenen kam es in manchen vormals konfessionell homogen ausgerichteten Regionen zu einer konfessionellen Kopräsenz, die durch verschiedene strukturelle Maßnahmen eingehegt wurde: »Es gab bis zum Zweiten Weltkrieg keine Evangelischen hier«, erinnert sich Martin Ropert aus der Kleinstadt Schwegholz* im ländlichen Niedersachsen. Durch den Zuzug der protestantischen Vertriebenen wurde ein eigener Schulzweig eingerichtet, in dem die neu hinzugekommenen evangelischen Kinder segregiert unterrichtet wurden: »Es gab einen Strich auf dem Pausenhof, auf der einen Seite die katholischen [Kinder] und auf der anderen die Evangelen.«⁵ Die konfessionelle Kluft trug aus heutiger Perspektive teils absurde Züge. So berichtete ein Gesprächspartner aus dem ländlichen Niedersachsen von konfessionell getrennten Molkereien, die von den Bauern der Region genutzt wurden. Angehörige der konfessionellen Minderheit wurden auch nicht ohne weiteres in die örtlichen Vereine aufgenommen.

Auch in der Familie meiner Mutter sind die Schwierigkeiten des Neuanfangs in einer kulturell anders geprägten ländlichen Region, und verbunden mit dem Stigma der »mittellosen Vertriebenen«, retrospektiv zu erkennen. Ihr neuer Wohnort, der vor dem Krieg 816 Einwohner:innen gezählt hatte, beherbergte ein Jahr nach Kriegsende 1.155 Personen – ein Bevölkerungszuwachs von über 40 %! Ähnliche Zuwachsraten hatten auch andere

te zu grundlegenden Veränderungen der Nachkriegsgesellschaft kam, die durchaus eine Erinnerung wert wären (vgl. Kossert 2008: 138).

5 Interview mit Martin Ropert* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in Schwegholz* (Pseudonym), Niedersachsen, November 2019.

Orte in Oberfranken erlebt. Im Durchschnitt hatte im Jahr 1946 fast jede und jeder vierte Einwohner:in Oberfrankens eine Flucht- bzw. Vertreibungsbiographie. Die einheimische Bevölkerung verhielt sich distanziert gegenüber den Neubürger:innen, »schon allein wegen des fremdartigen Dialekts, ihrer konfessionellen Ausrichtung und ihrer kulturellen Bräuche«, wie der Regionalhistoriker Peter Zeitler (1998: 100) ausführt. Die aus Südmähren stammende Familie meiner Mutter war bäuerlich-katholisch, und diese Kultur hatte ihr Alltagsleben und den Jahreslauf in der Heimat stark geprägt. Meine sehr fromme Großmutter konnte im evangelisch dominierten Frankenwald ihre religiösen Traditionen nicht ausleben, was das Gefühl der Fremdheit verstärkte, wie sich meine Mutter erinnert:

Oma hat sich in [ORTSNAME] nie so ganz wohl gefühlt, weil dort ja alles stockevangelisch war von den Einheimischen, da gab es nur eine Notkirche, da waren alle Flüchtlinge zusammengewürfelt; das war alles nicht so ihres. [...] Die Evangelischen waren sehr vom Pfarrer gehalten, die Flüchtlinge zu unterstützen, aber Heimat geben ist was anderes.

Neben materieller Armut machte meiner Großmutter auch der gesellschaftliche Statusverlust zu schaffen. Wie so viele andere gewaltvoll Vertriebene vor und nach ihr erlebte sie das Gefühl, plötzlich »ein Niemand« zu sein, denn die lokale Bevölkerung ordnete die mittellosen Neuankommenden ganz unten auf der sozialen Rangskala ein und betrachteten sie teils mitfühlend, teils herablassend, verbunden mit Stigmatisierungen wie »Eindringlinge, Habenichtse und Faulpelze« (Zeitler 1997: 366). Die daraus resultierende Isolation, »gepaart mit der materiellen Not und dem Trauma der Vertreibung, erschwerten die Integration und die Annäherung zusätzlich«, wie der Historiker Peter Zeitler analysiert (Zeitler 1998).

Die imaginierten Gegensätze und Grenzziehungen zwischen den Alteingesessenen und den »Neubürger:innen« setzten sich in den räumlichen Strukturen fort: Nachdem die Vertriebenen lange Jahre in provisorischen Barackenunterkünften gelebt hatten, nutzten viele die erste wirtschaftliche Stabilisierung und die Entschädigungszahlungen des Lastenausgleichsgesetzes, um ein Eigenheim zu bauen. In vielen Orten errichteten die Vertriebenen an den Ortsrändern monotone Eigenheimsiedlungen, die in ihrer architektonischen Eintönigkeit etwas »Lagerhaftes« an sich hatten, wie der Historiker Harald Jähner (2019: 104f.) anmerkt. Später entstanden vielerorts auf den Dorffriedhöfen eigene, landsmannschaftlich unterteilte Vertriebenenengrabbfelder, womit sich die räumliche Segregation der Vertriebenen sogar nach dem Tod fortsetzte. Versuche, die vor Ort gezogenen Linien zu überschreiten, sich vom Gruppenstigma des Geflüchteten zu befreien, wurden scharf beobachtet und gegebenenfalls sanktioniert. Wer beispielsweise in einer der konfessionsgetrennten Schulen die Linie auf dem Schulhof überschritt, der »kriegte Prügel«, so ein Zeitzeuge.⁶ Auch Bemühungen des sozialen Aufstiegs von Geflüchteten und Vertriebenen wurden mit Argwohn betrachtet. Ein Gesprächspartner aus dem länd-

6 Interview mit Harald Korn* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in der Gemeinde Steinbergen* in NRW, November 2019.

lichen Ostbayern berichtet von einem Unternehmer, der nach der Vertreibung aus dem Sudetenland im niederbayerischen Wasdorf* einen Neuanfang versuchte:

Aber da hat es zum Beispiel einen Glasunternehmer gegeben, der war in Tschechien sehr erfolgreich damals in der Glasveredelung, also war Glasgraveur und -schleifer, und dem ist in Wasdorf*, wie er da wieder seine Werkstatt aufgebaut hat und weitermachen wollte, die Werkstatt zerstört worden. Also da hat es wirklich SO einen Vandalismus gegeben, dass da wirklich welche rein sind und alles zusammengehauen haben.⁷

In meinen Gesprächen mit lokalen Akteur:innen über den Integrationsverlauf der Asylsuchenden ab den 2015er Jahren werden die Erinnerungen an die Weltkriegsvertriebenen als Vergleichsebene genutzt. Immer wieder wird bei dieser Reflexion hervorgehoben, dass die (auch im Heute zu erlebenden) ausgrenzenden Praktiken damals »sogar Deutsche« trafen, die weniger Merkmale des Andersseins mit sich trugen als heutige Geflüchtete: »Eigentlich waren das ja auch Deutsche, im Grunde genommen. Nur dass sie halt aus Ostpreußen gekommen sind.«⁸ Doch gerade in den ländlichen Gegenden, in denen ansonsten weniger Bevölkerungsveränderungen durch Zuzüge oder Wegzüge zu verzeichnen sind, sorgt das kollektive Gedächtnis dafür, dass die Heimatvertriebenen auch nach zwei Generationen noch als die »Anderen« markiert werden.

Da höre ich: »Ah ja, die sind nicht von hier«. Ich sage: »Wieso sind die nicht von hier?« »Na, die sind auch bloß hierhergekommen. Ja, nach '45«. [*lacht*] So, ne? Als so diese Vertreibung aus dem Osten war und die Leute dann aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen gekommen sind. Und das spielt noch eine wesentliche Rolle. Also wer wo wann eingehiratet hat und dass diese TRADITION so stark geprägt wird, das hätte ich also auch nicht erwartet.⁹

Die hier reflektierten sozialen und identitären Trennlinien verblassten erst in der Generationenfolge: »Und das hat mindestens eine Generation gedauert, bis die drin waren. Also, jetzt die Enkel, das sind Einheimische. Das fällt nicht mehr auf.«¹⁰

Viele wissenschaftliche Publikationen versuchten bereits zu ergründen, welche Motive und Ausgrenzungsmechanismen im Umgang mit den Vertriebenen wirksam wurden, und welche Konsequenzen die Ausgrenzungen hatten (vgl. Bauerkämper 2010, Jähner 2019, Kossert 2008, Steinert 1995). Erklärungen rekurrieren einerseits auf die objektive Not der Nachkriegszeit, die nicht zu einem Mehr an Solidarität führte, sondern eher zu einem Beharren auf dem eigenen Vorteil. Aber auch sozialpsychologische Interpretationen wie das Motiv der relativen Deprivation werden bemüht, d.h. der gefühlten

7 Interview mit einem Akteur im Bayerischen Wald, November 2019.

8 Interview mit Gunnar Teerbot* (Pseudonym), Leiter Freiwillige Feuerwehr in einer Kleinstadt in Nordsachsen, November 2019.

9 Interview mit Roland Comper* (Pseudonym), Leiter eines Begegnungszentrums in einer Kleinstadt in Nordsachsen, Dezember 2019.

10 Interview mit Harald Korn* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in der Gemeinde Steinbergen* (Pseudonym) in NRW, November 2019.

Schlechterstellung einer sozialen Gruppe durch die subjektiv wahrgenommene Bevorzugung einer anderen. Besonders das in Westdeutschland für viele Vertriebene relevante Lastenausgleichsgesetz kann hier ein Trigger für die angenommene Schlechterstellung der sesshaften Bevölkerung gewesen sein. Die Entschädigungszahlungen für verlorenen Grund und Boden in den Herkunftsregionen lagen zwar überwiegend weit unter dem tatsächlichen Wert des Verlusts, dennoch ermöglichten die Zahlungen vielen Vertriebenen einen materiellen Neuanfang, der – beispielsweise durch den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses – auch für die Einheimischen sichtbar wurde und damit Neid erzeugte. Eine andere Interpretation betont die Zeigerfunktion der Geflüchteten und Heimatvertriebenen, die durch ihre sichtbare Anwesenheit der lokalen Bevölkerung die katastrophalen Effekte der Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkrieges permanent vor Augen führten. Die Abwehrreflexe gegenüber der Vertriebenen resultierten möglicherweise auch aus dem Unwillen, sich mit der eigenen Verstrickung in dieser Zeit auseinanderzusetzen (Schieb/Zens 2016: 20).

7.2.2 Ostdeutsche Erinnerungslücken an die Ankunft der Vertriebenen

Bei der Sichtung meines Interviewmaterials zu lokaler Migrationsgeschichte fällt mir auf, dass in den ostdeutschen Interviews in Bezug auf die lokalen Erinnerungen an die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges eine Lücke klafft. Während in beiden Landesteilen private Erinnerungen fortbestehen und innerhalb der Generationen weitergegeben werden, scheint im Osten Deutschlands – anders als im Westen – kaum eine kollektive Erinnerung an die Aufnahme der Vertriebenen zu existieren. Gründe könnten einerseits in der Verstaatlichungs- und Kollektivierungspolitik der frühen DDR-Jahre liegen, die die ökonomischen (und damit auch sozialen) Unterschiede zwischen Neuangekommenen und Alteingesessenen nivellierte. Auch die erheblichen Binnenwanderungsprozesse hin zu den ab den 1950er Jahren neu entstehenden industriellen Zentren könnten eine Ursache für die im Vergleich zu westdeutschen Gemeinden spärliche kollektive Erinnerung an die Vertriebenen sein. Schließlich könnten die Leerstellen aber auch ein Ergebnis der sozialistischen Erinnerungspolitik sein, die die Rückbesinnung auf verlorene ›Heimaten‹ tendenziell als reaktionär einstufte. Per ministeriellem Erlass wurde jegliche öffentliche Rückbesinnung auf die Herkunftsgeschichte der Vertriebenen oder entsprechende Institutionalisierungsprozesse in Form von Vertriebenenorganisationen unterbunden. Und auch bezeichnungspolitisch griff der Staat ein. Indem das DDR-Regime die Vertriebenen als ›Umsiedler‹ bzw. ›Neubürger‹ titulierte, wurde der gewaltvolle Akt der Vertreibung unsichtbar machte (Bauerkämper 2010: 481ff.).

Im Vergleich zu den Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, für die die deutsche Nachkriegsgesellschaft die Verantwortung zu tragen hatte, benötigen nachfolgende Migrationsereignisse andere Bezugspunkte, um die Anwesenheit von ›Fremden‹ in der lokalen Gemeinschaft zu verstehen und ihnen einen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie zuzuweisen. Dabei ist in der folgenden Migrationsepoche, der Ankunft von Arbeitsmigrant:innen aus dem Europäischen und Globalen Süden, zweierlei anders: zum einen die nicht-deutsche Herkunft, die diese Migrant:innen als ›Migrationsandere‹ kategorisiert, zum anderen der Migrationsgrund, nämlich die Erwerbsarbeit. Beide Aspekte werden herangezogen, um daran Integrationsverläufe

der Geflüchteten von 2015 zu spiegeln. Dabei scheint das Migrationsmotiv ›Arbeit‹ die wesentliche Begründung für zumindest in der Rückschau reibungslose Integrationsverläufe der Migrant:innen der Arbeitsmigrationsepoche zu sein, während das damals durchaus stark empfundene kulturelle ›Anderssein‹ ausgeblendet wird. Hingegen dienen die Merkmale ›Arbeit‹ und ›Kultur‹ als Begründungszusammenhang für als schleppend wahrgenommene Integrationsprozesse der Asylsuchenden aus Syrien, Irak oder Afghanistan nach 2015.

7.2.3 »Die sind ja gekommen, um hier zu arbeiten« – Erinnerungen an die ›Gastarbeiter‹

Und das, was hier – was bei den neuen Mitbürgern jetzt so das Problem ist, ist halt, dass die häufig nicht arbeiten können oder dürfen. [...] Das war bei den Gastarbeitern anders. Die sind ja gekommen, um hier zu arbeiten, die haben hier gearbeitet, die haben hier ganz viel gestemmt und da war die Integration LEICHTER, als mit den anderen finde ich.¹¹

Die Frage, wie die Integration von Geflüchteten in das lokale Gemeinwesen geklappt hat, animiert unsere Gesprächspartnerin Hannelore Wagner* aus dem fränkischen Ehrsfeld* zu einer Reflexion über andere Zugewanderte, die die Stadt bereits erlebt hat, unter anderem den Zuzug türkischer Arbeitsmigrant:innen. Aus ihren Worten sticht der Topos des Arbeitens heraus, der als etabliertes und von der Aufnahmegesellschaft akzeptiertes Migrationsmotiv konstruiert wird und der die Anwesenheit der ›Anderen‹ legitimiert. Im Gegensatz zur Arbeitsmarktbeteiligung von Geflüchteten, »die häufig nicht arbeiten können oder dürfen«, waren die Erwerbsmöglichkeiten der angeworbenen Arbeitskräfte klar geregelt. Gegenüber der lokalen Bevölkerung war die Notwendigkeit der Anwerbung deutlich gemacht worden: »Die sind zum Teil gerufen worden [...] – und die haben hier gearbeitet.« Mit den Geflüchteten von 2015 als Gegenhorizont kommt Hannelore Wagner* zu einer positiven Einschätzung des Integrationsverlaufs der türkischen Arbeitsmigrant:innen in Ehrsfeld*: »die haben hier gearbeitet, die haben hier ganz viel gestemmt und da war die Integration LEICHTER als mit den anderen [den Geflüchteten], finde ich.«

Was hier – und auch in vielen anderen Interviews – als Bestandteil einer lokalen Migrationsgeschichte reflektiert wird, sollte die alte Bundesrepublik insgesamt nachhaltig prägen und als fester Bestandteil des Wirtschaftswundernarrativs und damit auch der Rekonstitution eines produktionsstarken Landes nach der selbst verschuldeten Katastrophe des Zweiten Weltkrieges verankert werden. Die ab 1955 einsetzende Ära der ›Gastarbeiter-Anwerbung‹ brachte rund 14 Millionen Menschen aus Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien, der Türkei, Tunesien und Marokko bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 in die alte Bundesrepublik, von denen sich etwa drei Millionen dauerhaft niederließen.

11 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), politisch und ehrenamtlich Aktive in Ehrsfeld* (Pseudonym), Mittelfranken, Juni 2019.

Seitens des Anwerbestaates Deutschland war das Migrationsprojekt auf Zeit angelegt. Die aufstrebende deutsche Wirtschaft benötigte damals vor allem junge, gesunde Menschen für anstrengende körperliche Arbeit in der industriellen Produktion, auf dem Bau, oder in der Lebensmittelindustrie. Wichtige Auswahlkriterien waren dementsprechend das junge Lebensalter und der gute Gesundheitszustand der Bewerber:innen. Die angeworbenen Arbeitskräfte erhielten auf wenige Jahre befristete Arbeitsverträge und sollten dann in ihr Herkunftsland zurückkehren, um durch andere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Dieses staatlich verordnete Rotationsprinzip entsprach weder den Vorstellungen der Migrant:innen noch jener der Betriebe, die am Aufbau eines festen Stamms an Arbeitskräften interessiert waren (Bade 2004: 390). Der normativen Vorstellung eines vorübergehenden Aufenthaltes folgend, wurden den angeworbenen Arbeitskräften keinerlei Integrationsangebote gemacht. »Es wurde ihnen gerade einmal so viel beigebracht, dass sie die Arbeitsanweisungen verstanden«, wird ein Zeitzeuge in einer Dokumentation zur Arbeitsmigration nach Rheinland-Pfalz zitiert (»HegerGuss. Die Männer vom Stiefel«). Es gab keine systematischen Sprachkurseangebote und für die ersten nachziehenden Kinder galt nicht einmal die Schulpflicht. Das politische Paradigma des Aufenthalts auf Zeit wirkte tief in die Lebensläufe der Betroffenen hinein. Viele hängten sich von einer befristeten Aufenthaltserlaubnis zur nächsten und mussten Wege finden, ihren unsichere Aufenthaltsstatus mit dem Familienleben zu vereinbaren (Alexopoulou 2020: 101). In vielen Familien der ersten Generation verbrachten daher Kinder Teile ihre Kindheit und Jugend bei Verwandten im Herkunftsland und wurden erst später nachgeholt, oder Familien führten räumlich getrennte Leben. Auf diese Weise entwickelten sich transnationale bzw. translokale Lebensläufe, die sich oft bis in die dritte Generation hinein auf den Alltagsvollzug auswirken.¹²

Die auf Zeit angeworbenen Arbeitskräfte waren zunächst überwiegend in Wohnheimen und Barackenlagern untergebracht. Noch Ende der 1960er Jahre lebten 31 % der eingewanderten Männer und 14 % der Frauen in Arbeiter-Wohnheimen (Koch-Arzberger 1985: 108). Als im Zuge der Familienzusammenführung immer mehr Arbeitsmigrant:innen auf dem freien Wohnungsmarkt nach einer Unterkunft suchten, bot man ihnen häufig lediglich »minderwertige Unterkünfte zu Wucherpreisen« an (»Gekommen und Geblieben«). Dabei fanden gesetzliche Vorgaben (denn Grundlage für den Familiennachzug war der Nachweis geeigneten Wohnraums) und die Profitgier von Wohnungsmarkttakteur:innen auf einträgliche Weise zueinander: »Um endlich wieder zusammen zu sein, nahmen viele Menschen unzumutbare Wohnverhältnisse und Mietwucher in Kauf. Die Vermietung von Kellerlöchern und Dachstühlen hatte Hochkonjunktur.« (»Leben im Provisorium«) Damit entstanden segregierte Viertel in den Einwanderungsstädten, in denen neben migrantischer vor allem die prekarierte einheimische Bevölkerung lebte und die im deutschen Migrations- und Integrationsdiskurs gerne als »Ghettos« oder »Parallelgesellschaften« tituliert werden. Insofern sich Migrant:innen aus eigener Kraft aus dieser segregierten Lage befreiten, wurde das von der lokalen Bevölkerung neidvoll kommentiert, wie sich Hannelore Wagner* für ihren Wohnort Ehrsfeld* erinnert: »Da ist es häu-

12 Vgl. exemplarisch einige der Lebensläufe in der Migrationsausstellung »Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz« des Landes Rheinland-Pfalz, <https://lebenswege.rlp.de/daerausstellungen/arbeitsmigrationsgeschichte-in-rheinland-pfalz>

fig so, dass die halt SEHR FLEISSIG WAREN UND SIND und dann natürlich sich häufig Häuser gekauft haben oder gebaut haben, und dass dann so gerne ein wenig [gelästert wird]: ›Ach ja, natürlich, wer hat's? Der Türke!‹¹³

Der Unwille der deutschen Einwanderungsgesellschaft, sich mit den Bedürfnissen der Migrant:innen auseinanderzusetzen, hatte gravierende Folgen für deren Zukunftsgestaltung. Dies zeigte und zeigt sich vor allem im Bereich der schulischen Bildung. Anfangs waren Bildungsmöglichkeiten für die Kinder der ›Gastarbeiter:innen‹ gar nicht vorgesehen, die allgemeine Schulpflicht wurde erst im Jahr 1964 bundesweit auf ausländische Kinder ausgeweitet (Herwartz-Emden 2007: 12). Es sollte noch viele Jahre dauern, bis Sprachfördermaßnahmen flächendeckend in den Schulen eingeführt wurden – im Sekundarbereich sind sie bis heute nicht adäquat ausgebaut. Dies sowie eine Reihe struktureller Benachteiligungen führten dazu, dass viele Kinder der ersten Einwanderergeneration lediglich niedrigste oder gar keine Bildungsabschlüsse erzielten: Der Bildungsforscher Klaus Klemm (1979) dokumentierte, dass im Schuljahr 1977/78 nur drei von vier schulpflichtigen ausländischen Kindern bzw. Jugendlichen überhaupt eine allgemeinbildende Schule besuchten; zwei Drittel von ihnen blieben ohne deutschen Schulabschluss, und nur ein Sechstel der ausländischen Jugendlichen absolvierte eine Berufsausbildung.¹⁴ Die wohl gravierendste Folge der mangelnden Anpassung von Bildungsinfrastrukturen an die Bedürfnisse einer Einwanderungsgesellschaft zeigt sich in der bis zu dreimal höheren Förderschulquote von eingewanderten Kindern im Vergleich zu deutschen Kindern (Kemper/Weishaupt 2011: 419, Koch-Arzberger 1985: 431). Diese resultiert aus einer Kombination des verzögerten Spracherwerbs in der Bildungssprache Deutsch, struktureller Diskriminierung und der teilweisen Unkenntnis eingewanderter Eltern über die Konsequenzen einer schulischen Einstufungsentscheidung (Mand 2013).¹⁵

Trotz der heute manchmal verklärenden Perspektive auf die im Rückblick so gelungen erscheinende Integration der ›Gastarbeiter:innen‹ in Westdeutschland offenbart sich eine große Parallelität mit aktuellen Wahrnehmungen und Diskursen, die Migrant:innen grundsätzlich, vor allem aber jenen, die als ›Migrationsandere‹ identifiziert werden, einen möglichst niedrigen Platz auf der sozialen Skala zuweisen. Damit einher geht die Vorstellung von Integration als Bringschuld der Zugewanderten, wobei strukturelle Integrationshindernisse und diskriminierende Mechanismen ausgeblendet und Integrationswünsche von Migrant:innen ignoriert werden.

13 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), politisch und ehrenamtlich Aktive in Ehrfeld* (Pseudonym), Mittelfranken, Juni 2019.

14 Trotz einer Vielzahl von Fördermaßnahmen änderte sich der Abstand zwischen deutschen und eingewanderten Kindern über mehrere Jahrzehnte kaum, wie die Bildungsforscher:innen Ingrid Gogolin, Ursula Neumann und Hans-Joachim Roth in einem 2003 erschienenen Gutachten konstatieren (vgl. Gogolin/Neumann/Roth 2003: 145).

15 Beredtes Beispiel ist der Fall eines ehemaligen Sonderschülers, Kind einer eingewanderten Roma-Familie, der durch eine nie korrigierte Fehldiagnose seine gesamte Schullaufbahn im Förderschulsystem verbrachte. Seine Schadenersatzklage gegen das Land Nordrhein-Westfalen hatte Erfolg (vgl. Mittendrin e.V. 2018, Schumann 2017).

7.2.4 »Das lief eher im Verborgenen ab« – Erinnerung an die Arbeitsmigration in die DDR

Vietnamesen hatten wir hier noch. Die waren sehr fleißig. Die haben in der ehemaligen Werkzeugmaschinenfabrik [gearbeitet]. Die waren aber unauffällig. Die waren da fleißig, die haben da gearbeitet.¹⁶

Auch auf der anderen Seite der Mauer erlebte das Land einen rasanten industriellen Aufschwung, verbunden mit der Neuausweisung von industriellen Produktionsschwerpunkten. Doch es standen nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, zumal der junge Staat bis zum Mauerbau 1961 rund drei Millionen Menschen durch Republikflucht verlor. Und so begann auch in der DDR ein groß angelegtes Anwerbeprogramm. Aus ideologischen Gründen waren die Anwerbemaßnahmen auf verschiedene sozialistische Bruderstaaten ausgerichtet – zunächst im europäischen Nahraum, später auch im Globalen Süden wie Kuba, Angola, oder Vietnam. Beginnend in den 1960er Jahren wurden bis zum Ende der DDR rund eine halbe Million Menschen angeworben.¹⁷ Im Jahr 1989 lebten rund 94.000 Vertragsarbeiter:innen in der DDR, davon stammten zwei Drittel aus Vietnam (Dennis 2005).

Ganz ähnlich wie in der BRD waren die Anwerbevereinbarungen auf befristete Aufenthalte ausgelegt, ohne die Möglichkeit einer dauerhaften Niederlassung oder des Familiennachzugs. Integrationsmaßnahmen waren nicht vorgesehen. Die Vertragsarbeiter:innen waren in Wohnheimen untergebracht, getrennt von der deutschen Bevölkerung. Gruppenleiter:innen sorgten für sozialistische Disziplin. Privater Umgang oder gar Liebesbeziehungen zwischen den Vertragsarbeiter:innen und DDR-Bürger:innen waren nicht erwünscht. Eine Vielzahl von Stasi-Akten zeugt davon, dass Personen, die sich dieser offiziellen Doktrin widersetzten, mit Repressalien rechnen mussten. Besonders hart war der Umgang mit Vertragsarbeiterinnen, die während ihres Aufenthalts schwanger wurden. Sie wurden vor die Wahl gestellt, abzutreiben oder den Aufenthalt abzubrechen und in ihre Heimat zurückzukehren. In einigen Fällen war die Verzweiflung so groß, dass die Vertragsarbeiterinnen Selbstmord begingen, um nicht unehrenhaft in ihre Heimat zurückkehren zu müssen (ebd.).

Für das offizielle politische Narrativ wurde die Anwerbung von Arbeitskräften als Akt der sozialistischen Solidarität mit ärmeren sozialistischen Bruderstaaten verbrämt. Die angeworbenen Arbeitskräfte sollten berufliche oder akademische Ausbildungen in der DDR erhalten und ihr Wissen nach der Rückkehr in ihre Herkunftsländer zum Aufbau der dortigen sozialistischen Gesellschaft einbringen. Allerdings entpuppte sich diese Solidarität im Alltag häufig als Schimäre, denn die Vertragsarbeiter:innen wurden in der Produktion benötigt.

An diese Zeiten gibt es lebhaftere Erinnerungen, auch in kleineren Orten im ländlichen Raum. So berichtet Roland Gomper* aus Nordsachsen von der Landwirtschaftsschule

16 Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter Wohlfahrtsverband, Bad Borkau* (Pseudonym), Sachsen, Dezember 2019.

17 Der erste bilaterale Vertrag wurde 1963 mit der VR Polen abgeschlossen, es folgten Verträge mit Ungarn (1967), Algerien (1974), Kuba (1975), Mosambik (1979), Vietnam (1980) und Angola (1984).

vor Ort, in der zu DDR-Zeiten Studierende aus Afrika untergebracht waren – was für die Dorfbewohner:innen die erste Berührung mit Menschen aus dem Globalen Süden bedeutete. Aus seiner Erzählung ist nicht nur die Erinnerung an die ›Exotik‹ herauszuhören, die durch »diese farbigen Menschen aus Afrika« in den Ort Einzug hielt, sondern auch die staunende Erkenntnis, dass sich die Migrant:innen selbstbewusst der staatlichen Ordnung widersetzen.

Und da waren auch Leute dabei, die wollten hier Landwirtschaft studieren und die haben das auch. Interessanterweise hat die DDR die einfach so in einen Gartenbaubetrieb gesteckt. Die hatten Abitur, das waren wohl situierte Leute und hatten dann so einen Facharbeiter für Gartenbautechnik und von dem sollten die das lernen. Da haben sie gestreikt.¹⁸

In der zentralistisch durchorganisierten DDR-Gesellschaft unterlagen auch Bildung und Ausbildung strengen Regularien. Die Abiturquoten waren gedeckelt, Studienplätze möglichst passgenau auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Durch die damit produzierte Bildungskonkurrenz konnte die Forderung nach Anpassung im Sinne des Sozialismus durchgesetzt werden. Eine Selbstverpflichtung zur Offizierslaufbahn beispielsweise eröffnete Wege zum Wunsch-Studienplatz. Ein aktives christliches Bekenntnis hingegen, verbunden mit der Nicht-Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Jugendorganisation, führte häufig zum Ausschluss vom akademischen Bildungspfad. In dieses mit Repression arbeitende System, in dem Anpassung und Unterwerfung belohnt wurden, dringt in der Erinnerung von Roland Gomper* nun das widerständige Andere in Form einer afrikanischen Bildungselite ein, die selbstbewusst ihre statushohe Position aus dem Herkunftsland in die DDR-Gesellschaft überträgt. Von dem vereinbarten Pfad eines Landwirtschaftsstudiums abzuweichen, wie seitens des DDR-Staates verlangt, kommt ihnen nicht in den Sinn. Stattdessen treten sie einen Streik an, der schließlich auch zum Erfolg führt, so dass sie ihr Landwirtschafts-Studium doch noch beginnen können. »Die sind dann zurückgekommen und haben gesagt, wir gehen da nicht mehr hin und wir bleiben jetzt hier. Und es gab da einen ziemlichen Aufruhr.« (Ebd.) Die lokale Bevölkerung suchte nach Erklärungen für diesen Akt des Widerstandes, die sie schließlich jenseits des offiziellen staatlichen Narrativs fand.

Die Bevölkerung konnte das ja gar nicht einschätzen, was das für Leute waren. Die haben gedacht, dass sind die armen Afrikaner. Das wurde in der Öffentlichkeit nicht richtig dargestellt. Weil das war ja auch nicht im Interesse der DDR zu sagen: »Ja die Leute studieren bei uns gegen Valuta.« Das haben sie dann selber erzählt, dass sie gesagt haben, ja unsere Familien bezahlen dafür in Dollar, dass wir hier studieren und wir werden hier in landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt als landwirtschaftliche Helfer. Das ist nicht das, was wir studieren wollen (ebd.).

Das hier erzählte Ereignis zeigt die Erschütterung der vorgestellten sozialen Ordnung. In der lokalen Wahrnehmung, transportiert durch das offizielle Narrativ, wurden die

18 Interview mit Roland Gomper* (Pseudonym), Leiter eines Begegnungszentrums in einer Kleinstadt in Nordsachsen, Dezember 2019.

afrikanischen Fremden als arm und unterprivilegiert vorgestellt und ihre Anwesenheit als Akt der sozialistischen Solidarität gerahmt. Dabei sollte die Solidarität aber auch nicht zu weit führen. Statt Zugang zu den ohnehin raren akademischen Studienplätzen sollten die jungen Afrikaner mit einer Gartenbauausbildung abgespeist werden. Doch den staatlich zugewiesenen Platz nahmen sie nicht ein, sondern bestanden auf der Einlösung der ursprünglichen Abmachung, die durch »Valuta« erkaufte wurde – etwas, wovon DDR-Bürger:innen nicht einmal träumen konnten. Die lokale Bevölkerung bekommt die Fehlfunktion der offiziell als egalitär vorgestellten sozialistischen Gesellschaft ausgerechnet am Beispiel der widerständigen Fremden vorgeführt: mit Hilfe ihres mitgebrachten sozialen und kulturellen Kapitals, verbunden mit einem selbstbewussten Habitus, erreichen sie ein Ziel, das einem großen Teil der DDR-Gesellschaft unvorstellbar erscheint: einen gewünschten Studienplatz anzutreten. Das Stereotyp des ökonomisch und kulturell rückständigen »Afrikaners«, der dankbar sein kann für die ihm zugewiesene niedrige Position im sozialen Gefüge, wird in dieser Erzählung ad absurdum geführt.

Derartige direkte Auseinandersetzungen mit der Eigenart der »Fremden« und entsprechende interkulturelle Lernprozesse blieben jedoch die Ausnahme. Zumeist lebten und arbeiteten Einheimische und Zugewanderte nebeneinander und hatten jenseits des Arbeitsplatzes und staatlich verordneter Begegnungen kaum Berührungspunkte: »Das lief immer sehr am Rande und sehr im Verborgenen eher. Das war ja auch nicht erwünscht staatlicherseits, dass da irgendwie große Kontakte entstanden«, erinnert sich Cornelia Gräfe* aus dem nordsächsischen Gartau*.¹⁹ Nach einer Erhebung von 1990 hatten 60 % der Ostdeutschen keinen persönlichen Kontakt mit Migrant:innen und wussten wenig über sie; zwei Drittel der Migrant:innen in Ostdeutschland wiederum verkehrten außerhalb des Arbeitsplatzes nicht mit Deutschen (Müggenburg 1996: 24). In der Abwesenheit persönlicher Begegnung festigten sich allerlei stereotype Vorstellungen und Vermutungen über die Eigenart des »Migrationsanderen«, etwa dass die Vertragsarbeiter:innen durch Hamsterkäufe von Fahrrädern oder Elektrogeräten zu einer zusätzlichen Verknappung des Warenangebotes in der DDR beitrügen. Dabei war die Ausfuhr von Waren streng reglementiert: Während eines fünfjährigen Aufenthalts durften insgesamt fünf Fahrräder, zwei Mopeds und ein Fotoapparat nach Hause geschickt werden (Dennis 2005: 21). Ebenso zirkulierte die Fehlannahme, die Vertragsarbeiter:innen würden in Valuta entlohnt und hätten dementsprechend Vorteile in der realen Kaufkraft. In der Realität bezogen auch die Vertragsarbeiter:innen ihren Lohn in DDR-Mark, teils erhielten sie nicht einmal den vollen Betrag ausgezahlt. Die Vietnames:innen mussten beispielsweise monatlich 12 % ihres Bruttolohns als Beitrag »zum Aufbau und zur Verteidigung des vietnamesischen Vaterlandes« abführen (ebd.). Der Wunsch der Vietnames:innen, sich während ihres Aufenthaltes etwas hinzuzuverdienen, um ihre Familien zuhause besser unterstützen zu können, führte zur Etablierung von privaten Nähstuben, in denen sie nach westlichen Schnitten Jeanshosen und andere moderne Kleidungsstücke nähten.

19 Interview mit Cornelia Gräfe* (Pseudonym), Seelsorgerin in Gartau* (Pseudonym), Sachsen, Januar 2020.

Die haben dann versucht auch so ein bisschen die Bedürfnisse der Bevölkerung zu [befriedigen]. Sie haben dann also Jeans genäht, Sachen genäht und das war sozusagen ganz stark in der DDR, wenn man was Schickes haben wollte, dann ist man zu den Vietnamesen gegangen und hat sich was nähen lassen.²⁰

Dies führte jedoch nicht zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Lebenswelt der Vertragsarbeitskräfte oder gar zu Solidarisierungsprozessen, als mit der Abwicklung von Industriebetrieben nach der politischen Wende die ausländischen Vertragsarbeiter:innen gleichzeitig mit ihren deutschen Kolleg:innen ihre Arbeit verloren. Ganz im Gegenteil: Interviewdokumente und offizielle Schriftwechsel aus dieser Zeit zeigen die rapide wachsende Feindseligkeit gegenüber den Vertragsarbeiter:innen.

Mit der Wende [...], unsere Leute, die kamen immer von der Arbeit nach Hause, mit, mit Schermut kann man sagen, mit...immer so traurige Gesichter, die sagen ja, die, da waren noch vielleicht vor ein paar Monaten, die waren noch so gut zu mir...und auf einmal fragen die, wann macht ihr nach Vietnam, wann fahrt ihr wieder zurück nach Vietnam, als die Wende kam...Das belastet sehr.

zitiert die Historikerin Karin Weiss (2005: 90) aus einem Zeitzeugeninterview. Die zunehmend aggressive Stimmung, getrieben durch die eigene ökonomische Prekarisierung, trieb manche DDR-Bürger:innen zu drastischen Wortmeldungen. »Solange hier auch nur ein Ausländer im Betrieb arbeitet und ein Deutscher wird entlassen, fließt Blut« warnt etwa ein Briefschreiber an die Behörden (Berger 2000: 89, in Weiss 2005). Die aggressive Stimmung erleben Vertragsarbeiter:innen als konkrete Bedrohungslage. Aus Angst vor Übergriffen ändern sie ihr Verhalten im Alltag und verzichten beispielsweise darauf, abends das Wohnheim zu verlassen.

Neben der ökonomisch prekären Lage, der zunehmenden Feindseligkeit der Mehrheitsbevölkerung und der Angst vor rassistischen Übergriffen waren die Vertragsarbeiter:innen auch mit aufenthaltsrechtlichen Unsicherheiten konfrontiert. In den ersten Jahren nach der politischen Wende wurden sie stark unter Druck gesetzt, den Aufenthalt in der DDR abzubrechen und mit einer Abfindung in ihre Heimat zurückzukehren. Viele wehrten sich dagegen und versuchten, sich durch selbständige Erwerbsmöglichkeiten wie Lebensmittel- oder Textilhandel über Wasser zu halten. Erst 1997, sieben Jahre nach der Wiedervereinigung, wurde ihre aufenthaltsrechtliche Situation durch eine Entscheidung der Bundesregierung geklärt und nachhaltig stabilisiert (Weiss 2005).

7.2.5 Einwanderung in eine Welt im Umbruch – Erinnerungen an die Ankünfte der 1990er Jahre in Ost und West

Die Auflösung der bipolaren Welt nach 1990 brachte erhebliche Umbrüche für die Staaten und Gesellschaften des ehemaligen sozialistischen Teils Europas, inklusive Ostdeutschland. Grenzen wurden neu gezogen, staatliche Ordnungen lösten sich auf, und die politischen und ökonomischen Krisen brachten viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlas-

20 Interview mit Roland Gomper* (Pseudonym), Leiter eines Begegnungszentrums in einer Kleinstadt in Nordsachsen, Dezember 2019.

sen und weiter westlich ihr Glück zu suchen. Ostdeutschland wurde hart von den Auswirkungen der ökonomischen Transformation getroffen. Die Arbeitslosigkeit stieg rasant, und es setzte eine Massenabwanderung vor allem der jüngeren Bevölkerung nach Westdeutschland ein. Allein in den Jahren 1989 und 1990 verließen fast 800.000 Ostdeutsche ihre Heimat, gefolgt von einem etwas geringeren, aber stetigen Abwanderungsstrom zwischen 100.000 und 150.000 pro Jahr in den 1990er und 2000er Jahren (StBA 2004, 2022). Diese Binnenwanderung wird in den betroffenen Ursprungsregionen sowohl intergenerationell als auch hinsichtlich der demographischen und ökonomischen Folgen als schmerzlicher Einschnitt erinnert:

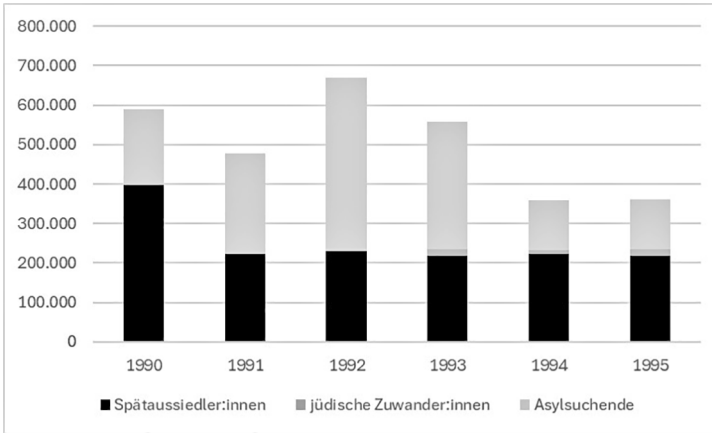
Uns fehlt eine ganze Mitte-Generation. Weil nach der Wende ist eine Million Menschen abgehauen, die keine Arbeit hatten. Und die kriegen im Westen ihre Kinder und nicht bei uns. Und deswegen fehlen uns jetzt so viele Kinder, weil die Mütter fehlen. [...] Und das fällt dem Osten nun ganz besonders auf die Füße.²¹

Im Westen Deutschlands wurde die Massenankunft der Ostdeutschen zwar teilweise mit ähnlichen Krisennarrativen²² belegt wie die Ankunft der Geflüchteten ab 2015, doch angesichts der raschen Eingliederung der Ostdeutschen in den Arbeitsmarkt hinterließ dieses Ereignis keine nachhaltigen Spuren im kollektiven Gedächtnis der westdeutschen Gesellschaft. Anders war das mit den internationalen Ankünften jener Jahre: Da waren zum einen erhebliche Zahlen von deutschstämmigen Spätaussiedler:innen aus Osteuropa, die der zerfallenden Sowjetunion entfliehen wollten und auf ein stabileres Leben in Deutschland hofften. Ein weiterer europäischer Krisenherd war der auseinanderbrechende Vielvölkerstaat Jugoslawien, in dem mehrere brutale Kriege ausgefochten wurden, was zu Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden führte, die unter anderem in Deutschland Zuflucht suchten. Hinzu kam eine steigende Zahl von Asylsuchenden aus dem Globalen Süden. Die Ankünfte dieser Gruppen summierten sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf über drei Millionen (vgl. Abb. 7.2).

21 Interview mit Albert Rothe* (Pseudonym), Unternehmer in einer Kleinstadt in der sächsischen Lausitz, Dezember 2019.

22 So titelt ›DER SPIEGEL‹ vom 21.01.1990 »Massenflucht in die Bundesrepublik. Gefahr für den Wohlstand?«. Ein Artikel über »DDR-Aussteiger« in der Ausgabe vom 13.08.1989 vergleicht die »Ausreiseflüchter« in ihrem wohlstandsgefährdenden Potenzial mit »Asylanten aus aller Welt«, für die ebenfalls gilt »Das Boot ist voll«. Bei der Lektüre des Artikels finden sich erstaunliche Analogien zu der Diskursentwicklung nach der Massenankunft von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2022. Für das »zentrale Übersiedler-Abfertigungslager in Gießen« werden »notstandsähnliche Verhältnisse« konstatiert, es fehlten Unterbringungsmöglichkeiten. Die Figur des »DDR-Flüchtlings« wird als »Sprengstoff« für den sozialen Frieden befunden. Viele Bürger:innen vermuteten, die »DDR-Flüchtlinge« würden vor allem »unsere Steuergelder kassieren«: »Die wissen sich durchzusetzen, mit Ellenbogen und mit Tricks – sonst wären sie schließlich nicht hier.« Diese Vermutung untermauert der Artikel mit Hinweisen auf fingierte Krankschreibungen, mit denen »DDR-Flüchtlinge« statt des Arbeitslosengeldes das deutlich höhere Krankengeld kassiert würden. Konsequenterweise verlangt der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble eine Reduktion der Sozialleistungen für DDR-Übersiedler. Statt mit Arbeitslosengeld sollten die »Zugereisten mit einem knapp kalkulierten »Eingliederungsgeld« abgespeist werden« (ebd.).

Abb. 7.2: Aufnahme von Spätaussiedler:innen, Jüdischen Zuwander:innen und Asylsuchenden 1990–1995



Datenquelle: BMI 2004, eigener Entwurf

Nach der Logik des Königsteiner Schlüssels wurden sie auf alle Bundesländer und von dort in die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Überall im Land mussten Unterkünfte gefunden werden. Häufig waren das Gruppenunterkünfte in peripherer Lage, wie z.B. leerstehende Kasernen oder stillgelegte Ferienunterkünfte. Ein Gesprächspartner aus dem Bayrischen Wald erinnert sich an die Ankunft kosovarischer Geflüchteter, die in einer nach dem Abzug der US-Truppen gerade leer gewordenen Kaserne untergebracht wurden, wo sie unter »eher fragwürdigen Bedingungen gehaust« hätten. In der vergleichenden Betrachtung zu der Willkommensinfrastruktur, die 2015 aufgebaut wurde, wird ihm die Prekarität der Aufnahmesituation bewusst: »Damals hat es eigentlich keine Strukturen gegeben, also so mit Helferkreis oder so, also das war damals [nicht], das ist damals relativ ungeordnet gegangen.«²³ Auch im niedersächsischen Giersen* kamen jugoslawischen Kriegsvertriebene an, wie sich der Zeitzeuge Horst Reißner* erinnert:

Im Kroatien-Krieg, da waren etliche Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegovina hier. Die waren damals auch verteilt worden auf die verschiedenen Ortschaften. Nach dem Konflikt da unten sind etliche wieder, haben Giersen* wieder verlassen. Aber nicht alle, einige haben es geschafft, hier bleiben zu dürfen, wie auch immer. Und ja, die sind, die haben teilweise Häuser gebaut, sind integriert, die arbeiten.²⁴

Im Zusammenhang mit dieser Erzählung erinnert sich Horst Reißner* auch an eine zuvor bereits ansässige jugoslawische Community, die einst als Arbeitsmigrant:innen gekommen waren. Ob die Integration der bosnischen Geflüchteten durch die Vorerfahrung

23 Interview mit Thomas Klein* (Pseudonym), Mitarbeiter einer Zeitungsredaktion in Niederbayern, November 2019.

24 Interview mit Horst Reißner* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in einer Kleinstadt in Niedersachsen, November 2019.

gen mit Zuwanderung aus der Region leichter funktionierte und inwieweit die jugoslawische Community daran beteiligt war, bleibt in seiner Erzählung offen. Was in all diesen Erzählungen ausgeblendet wird und den Gesprächspartner:innen vermutlich auch nicht bekannt ist, ist die aufenthaltsrechtliche Prekarität der Geflüchteten aus Bosnien, die überwiegend keinen Schutzstatus erhielten und in der Bundesrepublik nur geduldet waren. Zwar gab es mit Beginn der Kriegshandlungen einen Abschiebestopp, doch die Duldung galt immer nur drei Monate und musste dann um weitere drei Monate verlängert werden – teils jahrelang (Oltmer 2023b).

Hier wie in anderen Erzählungen sind der konkrete und langfristige Integrationsweg der damals Angekommenen und die teils extrem schwierigen Rahmenbedingungen für das Etablieren einer neuen Existenz Leerstellen im kollektiven Gedächtnis. Was im Endeffekt zählt, ist das erzielte Ergebnis, das in Analogie zur einheimischen Bevölkerung eingeordnet wird: »die haben teilweise Häuser gebaut, sind integriert, die arbeiten« – alles Aspekte, die zumindest zum Zeitpunkt der Interviews nicht auf die Geflüchteten von 2015 zutreffen. Auch die so zahlreich in den frühen 1990er Jahren ankommenden Spätaussiedler:innen aus der ehemaligen Sowjetunion werden in der Rückschau und im Vergleich zu den Geflüchteten von 2015 als unauffällig und angepasst erinnert – doch das war nicht immer so.

Die Aufnahme von Spätaussiedler:innen wird durch das Bundesvertriebenengesetz geregelt. Bereits ab den 1950er Jahren kamen Deutschstämmige aus den ehemals deutschsprachigen Siedlungsgebieten Osteuropas in die Bundesrepublik. Als ethnisch Deutsche erhielten sie sofort die deutsche Staatsangehörigkeit und unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt und allen Sozialleistungen. Ähnlich wie bei Asylsuchenden wurden auch Spätaussiedler:innen nach dem Quotensystem des Königsteiner Schlüssels auf die Bundesländer verteilt und durch die Kommunen aufgenommen und untergebracht. Während ihre Zahl bis zum Ende des Kalten Krieges mit rund 50.000 im Jahr moderat blieb, entwickelte sich diese Migrationsbewegung besonders in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Masseneinwanderung. Allein in den Jahren 1989 und 1990 kamen rund 775.000 Spätaussiedler:innen, in den Jahren 1988 bis 2004 insgesamt drei Millionen (Dietz 2010: 400). Im Lichte dieser Masseneinwanderung und angesichts der steigenden sozialen Integrationskosten wurden die Aufnahme- und Anerkennungsbedingungen verschärft und die Integrationsleistungen zurückgefahren. Dies und die Tatsache, dass ab den 1990er Jahren überwiegend Spätaussiedler:innen aus der ehemaligen Sowjetunion kamen, die in der russischen Sprache und im sowjetischen System sozialisiert waren, änderte die Aufnahmesituation und den Integrationsverlauf. Viele Gesprächspartner:innen erinnern sich an einen sehr langsamen Integrationsprozess der russischsprachigen Spätaussiedler:innen, die sich vor allem innerhalb der eigenen Community orientierten und dementsprechend weiterhin überwiegend Russisch kommunizierten: »da gab es so den Ausdruck ›die Russensiedlung‹, weil die halt gerne untereinander geblieben sind«, erinnert sich die Lokalpolitikerin Hannelore Wagner* an die Ankunft der Spätaussiedler:innen im fränkischen Ehrfeld*.²⁵ Die Tendenz des »untereinander Bleibens« dürfte maßgeblich durch die sozialräumliche

25 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

Segregation gefördert worden sein. Denn die Spätaussiedler:innen wurden vorwiegend in Übergangswohnheimen oder Sozialwohnungen untergebracht, häufig an den Peripherien der Stadt, die in der öffentlichen Wahrnehmung ohnehin bereits als »soziale Brennpunkte« konnotiert waren und die nun im kollektiven Gedächtnis abfällig als »Russensiedlung« markiert wurden.

In Ostdeutschland wird gegenüber den russischsprachigen Spätaussiedler:innen ein vergleichsweise geringes Fremdheitsgefühl artikuliert. Schließlich waren die russischen Besatzungssoldaten und ihre Angehörigen die mit Abstand größte Migrant:innengruppe während der Zeit der DDR. Zudem waren in ehemaligen Garnisonsstädten wie dem sächsischen Bad Borkau* Teile der Bevölkerung »einfach auch sehr sozialistisch angehaucht«, wie Rainer Konert*, der dort für eine Wohlfahrtsorganisation tätig ist, reflektiert. Gerade die Militärkader, die vielfach in Moskau studiert hatten, hätten eine besondere Affinität zu Russland verspürt und auch gut Russisch gesprochen. Nachdem die politische Wende von 1989 als Bruch erlebt worden war, kam mit der Ansiedlung von Spätaussiedlerfamilien aus Russland eine weitere Veränderung in die Gemeinde: »Und dann kam sozusagen der zweite Bruch, '92, '93, '94, als sehr viele Spätaussiedler nach Deutschland kamen und auch nach Bad Borkau*. Da waren teilweise 1.300 Leute gegenüber 10.000 deutschen Leuten. Also das war schon eine ganz große Geschichte dort.«²⁶

Rainer Konert* betont die im Vergleich zu den 2015 angekommenen Geflüchteten größere identitäre Nähe der Einheimischen zu den Russlanddeutschen. Anders als der niedersächsische Gesprächspartner rekurriert er auf die Gemeinsamkeit der sozialistischen und postsozialistischen Erfahrung, insbesondere das gemeinsame Erleiden des politischen Zusammenbruchs und Neuanfangs. Die Bevölkerung musste sich selbst an den Westen herantasten, und die Unterstützung der Spätaussiedler:innen beim Neuanfang in Bad Borkau* sei für manche eine Gelegenheit gewesen, in Zeiten der Entwertung von DDR-Biographien die eigene soziale Identität zu stabilisieren, meint Rainer Konert*.

Ich meine, so '92, '93 da hat doch noch keiner verstanden, wie der Westen funktioniert. (*lachen*) Und da hat man schon die ersten Leute an die Hand genommen und über das an die Hand nehmen lernt man dann ja selber wieder, wie das funktioniert. Was dann natürlich den Spätaussiedlern zugutekam und man sich aber über die Spätaussiedler neu definieren konnte, weil man dann ja wieder gebraucht wurde in der Gesellschaft. (ebd.)

Dennoch war auch im Osten Deutschlands die Eingliederung der Spätaussiedler:innen aus Osteuropa von Segregation und Unterschichtung geprägt. Die Neankommenden konzentrierten sich in den einfachen Wohnblöcken in Plattenbauweise, die in vielen Gemeinden zum kommunalen Wohnungsbestand gehörten. Durch die vorangegangene massenhafte Abwanderung von Ostdeutschen waren dort genug Wohnungen verfügbar. In der langfristigen Rückschau erfahren viele derartige Viertel eine Kontinuität des Einzugs sozial benachteiligter Menschen, die hier die ersten Etappen ihrer sozialen

26 Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter eines Wohlfahrtsverbandes im Landkreis Nordsachsen, Dezember 2019.

Integration durchleben, wie eine Gesprächspartnerin aus dem sächsischen Hornsdorf* erzählt:

Ja, das Viertel hier, das hieß in den 90er-Jahren »Kursker Bogen«. [...] hier waren eben die ganzen Weißrussen [...]. Das ist es schon lange nicht mehr. Es sind noch einige wenige weißrussische Familien geblieben. Es sind nicht mehr viele. Die sind auch gut integriert. Dann kamen eben die sozial schwachen Deutschen mit Alkohol- und Drogenproblemen mit alldem [...] Die sind dann aber auch so mehr in andere umliegende Städte gezogen oder sind weggezogen und jetzt sind halt mehr Asylanten [sic!] da.²⁷

Durch die Residenzpflicht mussten die Spätaussiedler:innen mindestens drei Jahre an den zugewiesenen Orten bleiben, selbst wenn sie dort keine Beschäftigungsmöglichkeiten fanden. Eine Lehrerin für Deutsch als Zweitsprache erinnert sich an oftmals jahrelange Bemühungen der Spätaussiedler:innen, beruflich Fuß zu fassen, obgleich sie mit sehr guten Bildungsvoraussetzungen gekommen waren und – anders als die Asylsuchenden der 2015er Jahre – von Anfang an einen sicheren Aufenthaltsstatus besaßen: »Also die aus Russland gekommen sind, die waren 100 Prozent sicher, dass sie hierbleiben. Die haben versucht, dass in Angriff zu nehmen. Meine Feststellung ist, es hat im Durchschnitt zehn Jahre gedauert, bis die richtig Fuß gefasst haben.«²⁸

Interessant an den lokal gebundenen kollektiven Erinnerungen in Ost und West sind nicht nur die konkreten Erinnerungen an die Startschwierigkeiten der Spätaussiedler:innen am Ankunftsort sowie das abschließende Resümee zum Integrationsergebnis, das in der Regel durch die Abwesenheit von Problemen definiert wird (»Aber die sind alle jetzt ordentlich integriert. Es gibt da auch keine Probleme mehr.«).²⁹ Ebenso aufschlussreich ist es zu sehen, was nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden ist. So haben abgesehen von den professionellen Integrationsakteur:innen die Gesprächspartner:innen lediglich eine diffuse Erinnerung an den Weg der Zugewanderten in die lokale Gesellschaft. Es existiert keinerlei Wissen über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufenthalts, die den verschiedenen Gruppen den Aufbau einer neuen Existenz nachhaltig erschwerten. In der Rückschau scheinen die zunächst durch Segregation und Devianz auffallenden Gruppen plötzlich »unauffällig« und »unsichtbar« geworden zu sein, offensichtlich indem sie sich an die Gepflogenheiten der Mehrheitsgesellschaft angepasst, Deutsch gelernt, eine Arbeit aufgenommen haben. Die fehlende kollektive Erinnerung an vergangene Integrationsprozesse fügt sich ein in die allgemeine Tendenz, »Integration« eher als erstrebenswertes Ziel der Neuankommenden zu denken anstatt als einen gemeinsamen Prozess. Die Dominanz dieses Paradigmas, das sich bis in die kollektiven Erinnerungen niederschlägt, wird auch bei der Aufnahme der Asylsuchenden um das Jahr 2015 wirkmächtig, wie ich noch zeigen werde.

27 Interview mit Frauke Wagner* (Pseudonym), Leiterin einer Kindertagesstätte in Hornsdorf* (Pseudonym), Sachsen, Oktober 2019.

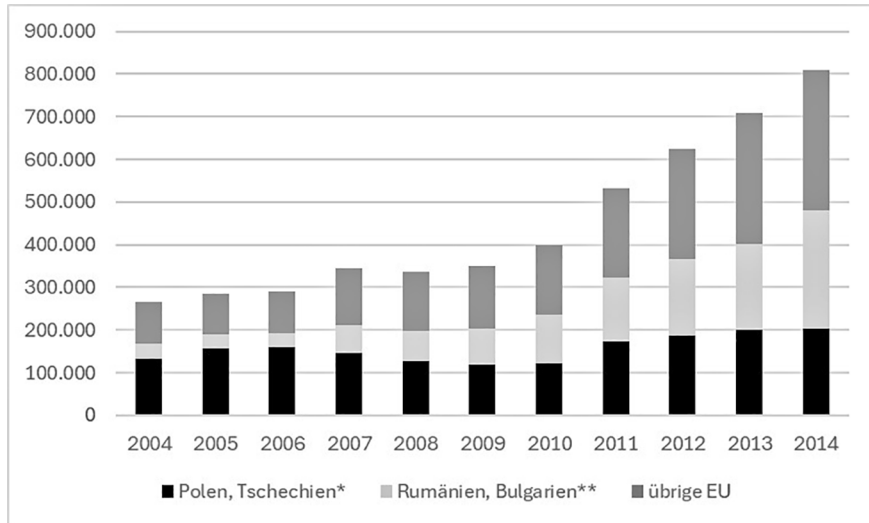
28 Interview mit Diana Richter* (Pseudonym), Lehrerin einer DaZ-Klasse in einer Berufsschule im Erzgebirge, Februar 2016.

29 Interview mit Hildegard Busch* und Erna Schubert* (Pseudonyme), Ehrenamtliche Integrationshelferinnen in einer Kleinstadt in Sachsen, Dezember 2019.

7.2.6 Die neue Unübersichtlichkeit – Migrationen der 2000er Jahre

In den 2000er Jahren diversifizierte sich die Zuwanderung nach Deutschland sowohl hinsichtlich der Herkunftsländer als auch in Bezug auf die Gründe der Migration. Zunehmend mehr EU-Bürger:innen machten von den Freizügigkeitsregeln Gebrauch, insbesondere nach der Weltfinanzkrise von 2008/09, als viele Menschen aus den ökonomisch schwer getroffenen südeuropäischen Staaten nach Deutschland kamen. Die EU-Osterweiterungen von 2004 und 2007 und die ab 2011 bzw. 2014 gewährten Freizügigkeitsregelungen erhöhte die Zuwanderung aus Ostmitteleuropa merklich (Abb. 7.3). Daneben gab es beständige Zugänge von Asylsuchenden und Spätaussiedler:innen, von internationalen Studierenden und Fachkräften, und eine nicht unerhebliche Einwanderung im Kontext von Eheschließung und Familienzusammenführung (Tab. 7.1).

Abb. 7.3: Zuwanderung von EU-Bürger:innen nach Deutschland, 2004–2014



Datenquelle: BMI 2016, eigene Bearbeitung; *EU-Beitritt 2004, Freizügigkeit 2011, **EU-Beitritt 2007, Freizügigkeit 2014

Viele dieser Migrationsformen spielten sich unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung ab, wenngleich im politischen Diskurs immer wieder an geeigneter Stelle versucht wurde, mit rassistischen Parolen zu punkten. Einen Anlass bot die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Menschen aus der nach Osten erweiterten Europäischen Union. Dieser wurde in der Bundesrepublik so lange wie möglich, nämlich sieben Jahre, blockiert. Angesichts der bereits vor 2004 existierenden engen Verflechtungen – vor allem zwischen Deutschland und Polen – und der geographischen Nähe wurde politisch wie medial eine Gefährdung des deutschen Arbeitsmarktes durch Lohndumping heraufbeschworen. So erhielten Bürger:innen aus Polen oder Tschechien erst im Mai 2011

die volle EU-Freizügigkeit. Als zum 01.01.2014 die Freizügigkeitsregelung für Unionsbürger:innen aus Rumänien und Bulgarien in Kraft trat, zwei Länder mit einer erheblichen Wohlstandsdifferenz zu Deutschland und einem großen Anteil sozial marginalisierter Roma-Bevölkerung, dröhnten Warnungen vonseiten der CSU vor einer »Armutszuwanderung« in »unsere Sozialsysteme«, die anschließend von allen anderen Parteien aufgegriffen und medial verbreitet wurden (Glorius 2015).

Tab. 7.1: Größenordnung von Einwanderung 2000–2014 nach ausgewählten Wanderungsmotiven

Wanderungsmotiv	Anzahl 2000–2014	Wanderungsmotiv	Anzahl 2000–2014
EU-Binnenmigration	5.402.735	Arbeitsmigration aus Drittstaaten	687.007
Spätaussiedler:innen und jüdische Zuwander:innen	582.843	Flucht/Asyl (Anzahl Erstanträge)	877.241
Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen	897.683	Internationale Studierende	955.943

Datenquelle: BMI 2016, eigene Bearbeitung³⁰

In das lokale Migrationsgedächtnis sind diese Zuwanderungen recht unterschiedlich eingearbeitet. Gerade in den grenznahen Regionen wird das Zusammenleben und -arbeiten mit Menschen aus Polen oder Tschechien als Alltag empfunden. Vielen Gesprächspartner:innen in Ost und West ist die Bedeutung dieser Arbeitskräfte für die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen in der Gastronomie, im Bereich Logistik oder dem Pflegebereich sehr bewusst.

Also wir haben jetzt noch die Grenzpendler aus Tschechien natürlich nach der Grenzöffnung, die hat es gegeben, also diese Grenzpendler haben zum großen Teil ermöglicht, dass die Gastronomie bei uns überleben konnte, weil die sehr STARK natürlich in Gastronomie und Hotellerie gegangen sind, also da hätten die unheimliche Engpässe, noch größere Engpässe gehabt, wie sie es sowieso haben.³¹

Wir haben im südlichen Landkreis Pflegeheime, da sind 20, 30 % der Mitarbeiter

30 Eine Addition der Zuwanderergruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z.B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z.B. EU-Binnenmigration und Saisonarbeitnehmer aus EU-Staaten) nicht möglich.

31 Interview mit Thomas Klein* (Pseudonym), Mitarbeiter einer Zeitungsredaktion in Niederbayern, November 2019.

kommen aus Tschechien. Die kommen mit dem Fahrrad teilweise, und arbeiten eben dort.³²

Verglichen mit dem als unauffällig beschriebenen Zusammenleben und -arbeiten mit Migrant:innen aus Polen und Tschechien werden Zuwander:innen aus Rumänien und Bulgarien deutlicher als ›anders‹ herausgestellt. Viele dieser Migrant:innen werden organisiert angeworben, um Arbeitsplätze in der Lebensmittelindustrie – beispielsweise in Schlachtbetrieben – einzunehmen. Häufig stammen die Menschen aus sozial marginalisierten Milieus, wobei sich ihre Marginalisierung an den deutschen Ankunftsorten fortsetzt. Oft sind sie mit prekären Arbeitsverträgen bei Subunternehmen angestellt, erhalten Dumpinglöhne und werden in überbezahlten Substandardwohnungen untergebracht.

Oft ist es ja so, dass die dann kein GELD ausgezahlt bekommen haben, oder so Wucher bei Mieten haben, dass ein Zimmer dreimal vermietet wird. Also alle acht Stunden wechselt derjenige, weil der von der Schicht kommt und müssen enorm hohe Mieten auch zahlen und so.³³

An vielen Orten, an denen wir zur Aufnahme von Geflüchteten ab 2015 forschen, wird die Lage der marginalisierten Arbeitsmigrant:innen aus dem südöstlichen Europa stärker problematisiert als die Integration der Geflüchteten, vor allem wenn es um praktische Fragen der sozialen Integration geht, wie etwa den Schulbesuch oder das Deutschlernen.

Das ist hier SCHON auch ein Thema, die Arbeitsmigranten, [...] weil wir eben diese Industrie auch haben, dass da viele auch kommen mit ihren Familien, mit den Kindern auch, und wo man dann gucken muss, dass die Kinder zur SCHULE gehen auch, dass sie die KINDERGÄRTEN besuchen, manchmal sind die ja auch nach sechs Monaten wieder WEG, und dann kommen wieder NEUE, und kennen unser SYSTEM hier auch gar nicht. (ebd.)

Während die Perspektive der Sozialbehörden vorwiegend auf Fragen der Sozialfürsorge oder Durchsetzung der Schulpflicht konzentriert ist, dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung einmal mehr die soziale Segregation vor Ort: »Und in Schwegholz* gibt es so eine Häuserzeile, da stehen die IMMER vor der TÜR und haben BIER in der Hand, das macht natürlich irgendwie einen schlechten Eindruck in der Bevölkerung. Das höre ich immer wieder.«³⁴

In den lokalen Erzählungen über prekär beschäftigte rumänische und bulgarische Arbeitsmigrant:innen kann man viele Ähnlichkeiten zu den früheren Episoden der (Arbeits)migration erkennen. Da ist zunächst die Strukturierung der Zuwanderung durch

32 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Verwaltungsbeamter in der sächsischen Lausitz, März 2019.

33 Interview mit Sabine Hartwig* (Pseudonym), Leitende Mitarbeiterin Landkreisverwaltung Landkreis Vechta, November 2019.

34 Interview mit Carina Schultz* (Pseudonym), Mitarbeiterin einer Wohlfahrtsorganisation in einer Kleinstadt im Landkreis Vechta, November 2019.

behördliche Vorgaben bzw. systematische Anwerbemaßnahmen, und damit verbunden die (sozial)räumlich segregierte Unterbringung. Dadurch haben die Neuankommenden wenig Begegnungsanlässe mit der lokalen Bevölkerung. Sie treffen vorrangig auf hauptamtliche Akteur:innen in Behörden und Bildungsinstitutionen, und auch am Arbeitsplatz bleiben sie häufig unter sich. In Abwesenheit alltäglicher Begegnungen entwickelt die lokale Bevölkerung lediglich ein stark stereotypes Bild von den ›Anderen‹, die auf der untersten Stufe der sozialen Rangordnung platziert werden.

Die Narrationen zu polnischen und tschechischen Migrant:innen wiederum zeigen, wie über die Jahre der Kopräsenz negative Stereotype mehr und mehr durch eigene Erfahrungen verdrängt werden. Der Wandel des Diskurses ins Positive, der sich auch in einer Analyse der medialen Berichterstattung über polnische Einwander:innen nach 2004 zeigt, könnte durch das Nachrücken neuer Migrant:innengruppen mit deutlicheren Fremdheitsmarkern gefördert worden sein. Dadurch bewegen sich die früheren ›Anderen‹ subjektiv betrachtet näher an den Status der ›Eigenen‹ heran (Glorius 2015). Die Wirkmächtigkeit kulturalisierenden *otherings* in der hierarchischen Einteilung von passenden und weniger kompatiblen Einwanderergruppen zeigt sich nicht zuletzt durch ihre Verwendung im politischen Diskurs. So wünscht sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im Februar 2018 in einem Interview mit der ›Welt am Sonntag‹ eine stärkere Zuwanderung von Osteuropäer:innen in sein Bundesland, das durch die negativen demographischen Trends dringend auf Zuwanderung angewiesen ist. »Aber wir brauchen die richtige Zuwanderung«, fügte er hinzu. »Wir sollten gezielt um Fachkräfte in der Ukraine, in Weißrussland, in Polen werben.« Er glaube, »dass diese Leute aus Osteuropa gut zu uns passen« (Epoch Times 02.06.2018). Nicht nur in dieser Aussage schwingen rassistische Wissensbestände mit, die von der Normalitätsvorstellung des Weißseins ausgehend Hierarchien von Migrant:innen bilden. Die Begründung für die hierarchische Einstufung liefern kulturalisierende und ethnisierende Ordnungsmuster. Indem sich die Akteur:innen der impliziten Normgebung des ›Weiß-Seins‹ als unsichtbarer Kategorie nicht bewusst sind, überdauern rassistische Hierarchien unhinterfragt. Zudem werden Ungleichheitskategorien wie Aufenthaltsstatus, Bildung, Gesundheit, Geschlecht und soziale Lage sowie intersektionale Verschränkungen dieser Kategorien nicht berücksichtigt, wenn es um die Beurteilung von Anpassung und Devianz und um die Problematisierung von Migration geht. In der Konsequenz unterbleibt eine Durchdringung und Behebung von Problemlagen, die mit Einwanderung in Verbindung gebracht werden.

7.3 Von der Störung der Ordnung zur Unsichtbarkeit – Einwanderergruppen im kollektiven Gedächtnis

In der Zusammenschau dieser Jahrzehnte der Migrationserfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland sind viele Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Eingliederung in die kollektive Erinnerung zu erkennen: Zunächst steht in der Ost- wie in der Westerrinnerung der Topos der Arbeitskraft im Mittelpunkt. Eine für beide Seiten auskömmliche Migration wird mit Arbeitsmigration gleichgesetzt und an die Zeit der Anwerbeabkommen rückgebunden. Damit wird einerseits die Zuwanderung aus Sicht des Ziellandes

legitimiert, andererseits ergeben sich aber auch sehr praktische Konsequenzen für den Integrationsprozess. Denn die Migrant:innen dieser Epoche hatten bereits konkrete Arbeitsplatzzusagen und konnten sich damit sofort in den Arbeitsprozess einbringen – anders als die seit 2015 vor Ort hinzugekommenen Asylsuchenden. Durch Arbeit legitimierte sich nicht nur das Dasein der »Migrationsanderen«, sondern sie fügten sich auch in die raum-zeitlichen Strukturmuster der Einheimischen ein, indem sie die gleichen durch Erwerbstätigkeit geprägten Tagesabläufe hatten. Das machte die Arbeitsmigrant:innen »unauffällig« oder auch »unsichtbar«, anders als die 2015 aufgenommenen Geflüchteten, die – wie vielerorts reflektiert wird – im öffentlichen Raum »herumlungern« und den Tag ohne jegliche Zielrichtung zubringen würden (vgl. Kap. 8).

Gerade in der Rückschau auf die Erfahrungen in der DDR wird zudem die ordnende Funktion des Staates hervorgehoben, der durch rigide Kontrollmechanismen dafür sorgte, dass möglichst niemand über die Stränge schlug. Widerständigkeit wie in dem o.g. Beispiel der afrikanischen Landwirtschaftsstudenten blieb die Ausnahme. Ein Interviewpartner aus der sächsischen Lausitz identifiziert die (nun fehlende) »starke Hand« des sozialistischen Staates als die eigentliche Ursache für die gerade im Osten Deutschlands grassierende Feindseligkeit gegen Zuwander:innen. Ausländerfeindlichkeit, so seine Argumentation, resultiere nicht aus der Anwesenheit der Migrant:innen, sondern aus dem gefühlten Kontrollverlust:

Zu DDR-Zeiten waren es die Nigerianer, die hier waren oder die vielen Vietnamesen. In Größenordnungen, die hier gelernt und gelebt haben. [...] Also das war überhaupt nicht das Problem, dass es hier nie Ausländer gegeben hätte, also das ist einfach nicht so. Allerdings wurden die, dass muss man sagen, wie es zu DDR-Zeiten üblich war, absolut gezwungen, sich zu benehmen. Es gab ja die persönliche Freiheit nicht.³⁵

Diese Gesprächssequenz entwickelt sich in der Reflexion der Geflüchtetenaufnahme seit 2015, bei der sich in unseren Fallstudienorten in der sächsischen Lausitz eine besonders starke Ablehnung der Geflüchteten zeigt. Viele Gesprächspartner:innen suchen nach Erklärungen und finden sie in der zeithistorischen Vergleichsfolie der DDR-Vertragsarbeit. Solange die Migration in geordneten und kontrollierten Bahnen abläuft, so die Argumentation, sei man in der Region nicht grundsätzlich feindselig gestimmt. Die »große persönliche Freiheit«, die die neue Zeit mit sich brachte, verursache aber Unbehagen, und zwar nicht nur hinsichtlich der gefühl liberalen Migrationspolitik und der fehlenden Kontrolle über die migrantische Bevölkerung, sondern ganz grundsätzlich, wenn es um die Frage der Verantwortungsübernahme für den Zustand der Gesellschaft geht:

Und insofern ist das vielleicht eine gewisse Überforderung, dass jetzt eine relativ große Freiheit auf einmal da ist und jeder machen kann, was er will, in Anführungsstrichen, und niemand was dagegen tut. Das ist vielleicht so eine gewisse Sehnsucht auch nach einer staatlichen Ordnung, die dann in manchem schlummert. So kann ich es mir erklären, dass man denkt, jetzt muss doch mal endlich. (ebd.)

35 Interview mit Albert Rothe* (Pseudonym), Unternehmer in einer Kleinstadt in der sächsischen Lausitz, Dezember 2019.

Das »Jetzt muss doch endlich mal« lässt sich leicht als kollektiver Ausdruck der allgemeinen Frustration gegenüber einer als zu liberal empfundenen Einwanderungspolitik bzw. dem Mangel an Migrationskontrolle interpretieren. »Jetzt muss doch endlich mal« resultiert in hohen Wahlergebnissen für rechtsextreme Parteien. Es offenbart sich in einem hohen Ausmaß an Alltagsrassismus, und es zeigt sich in der Häufung von Übergriffen auf Geflüchtete und andere ›Fremde‹, auf Asylbewerberheime und auf politische Entscheidungsträger:innen.³⁶

Dabei, das betont dieser wie andere Gesprächspartner:innen, habe man im Osten »nichts gegen Ausländer«, doch diese sollten das gewohnte Gesamtbild einer homogen weißen, bürgerlichen Gesellschaft nicht stören, anders als man es vom Osten in den Westen blickend zu sehen bekommen habe. Die in westdeutschen Ballungsräumen viel sichtbare Einwanderungsgesellschaft mit ihrer deutlichen ethnischen Diversität im Straßenbild wirke auf viele Ostdeutsche als eher erschreckende Perspektive auf die Zukunft ostdeutscher Städte:

Und dann kommt dazu, denke ich auch, dass diese gewisse, dass eben viele, was weiß ich, in Gelsenkirchen sind, irgendwann, und dann sagen, oder in Köln: so will ich das nicht. In Bautzen. [...] Dass jeder Zweite offensichtlich nicht mehr Volksdeutscher ist, wenn man das Wort mal gebrauchen darf, sondern eben einfach wo anders herkommt und dass da eine gewisse Angst vor der Überfremdung aufkommt.³⁷

Die ›Reise‹ durch lokale Migrationserinnerungen in der deutschen Provinz ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Deutlich wird, dass praktisch überall im Land Migrationsergebnisse markante Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Manche Gruppen scheinen weniger prominent als andere erinnert zu werden, und über allem schwebt implizit die Frage nach der Legitimität der Anwesenheit ›Fremder‹ sowie nach dem Ausmaß ihrer ›Fremdheit‹, die überwiegend auf der Basis rassistischer und nationalchauvinistischer Stereotype beantwortet wird. Dies führt zu unterschiedlichen Verortungen von Migrant:innen im lokalen kollektiven Gedächtnis: entweder die Anwesenheit der ›Fremden‹ lässt sich durch völkisch-nationale Argumente begründen (z.B. Weltkriegsvertriebene oder Spätaussiedler:innen), oder ihre Anwesenheit wird als organisierter Aufenthalt auf Zeit dargestellt, wie das sowohl bei den ›Gastarbeiter:innen‹ im Westen als auch bei den ›Vertragsarbeiter:innen‹ im Osten Deutschlands der Fall gewesen ist – so wie überhaupt die funktionelle Markierung als ›Arbeitsmigrant:in‹ die kollektive Furcht vor »Überfremdung« zu lindern scheint. Eine dritte Variante ist, den längerfristigen bzw. dauerhaften Verbleib der ›Fremden‹ im Nachhinein diskursiv zu legitimieren, indem Fremdheitsmerkmale aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden. Dieser

36 Der Zusammenhang zwischen dem Votum für rechtsradikale Parteien und der Befürwortung von Gewalt als legitimes Mittel der Interessensdurchsetzung wird in den Mitte-Studien bestätigt (vgl. Zick/Mokros 2023). Bereits in den 1990er Jahren wurde der Zusammenhang zwischen politischer Meinung und Gewalt gegen Migrant:innen im wiedervereinten Deutschland wissenschaftlich nachgewiesen (vgl. Ohlemacher 1994).

37 Interview mit Albert Rothe* (Pseudonym), Unternehmer in einer Kleinstadt in der sächsischen Lausitz, Dezember 2019.

Prozess scheint immer dann aktiviert zu werden, wenn die kollektive Identität durch das Aufkommen einer neuen Migrationsbewegung herausgefordert wird. Die in meinem Material aus Bayern und Sachsen erlebte Einstufung tschechischer und polnischer Migrant:innen als ›benachbart‹ und ›kulturgleich‹ wird vor dem Gegenhorizont der fluchtbedingten Zuwanderung nach 2015 aufgerufen, die Personen mit viel stärker empfundenen ›Fremdheitsmerkmalen‹ in die Gemeinden führte.³⁸

Weniger effektiv funktioniert diese Form der Unsichtbarmachung bei Migrant:innen-Gruppen, die aus Perspektive der Mehrheitsbevölkerung starke Kennzeichen des ›Andersseins‹ aufweisen. Dies erlebte ich ausgerechnet in der so stark von migrantischer Diversität geprägten Stadt Salzgitter. Während einer von uns organisierten Fokusgruppendifkussion mit Salzgitterer Bürger:innen zu den Bausteinen eines guten Miteinanders ergreift der etwa 80jährige Hermann Werth* das Wort und macht eine pauschalisierende Aussage über die angebliche Integrationsverweigerung der türkeistämmigen Bevölkerung in Salzgitter: »Wir haben noch ein Problem heute und das sind unsere türkischen Mitbürger. Leider ist es so, dass wir immer wieder erleben, dass türkische Familien hergekommen sind, Frauen nicht mal Deutsch lernten, Frauen das Haus nicht verlassen durften.«³⁹ Er habe sich damals im Elternrat engagiert und versucht, türkischen Kindern bei den Schularbeiten zu helfen. Zu türkischen Mädchen sei er aber gar nicht vorgelassen worden, wenn kein Mann aus der Familie dabei war.

Neben ihm sitzt eine Diskussionsteilnehmerin, die sich direkt angesprochen fühlen dürfte. Die 50jährige Ecrin Çelik* ist als Kind zusammen mit ihrer Familie aus der Türkei eingewandert und in Salzgitter aufgewachsen. Auf die Einlassung von Herrn Werth reagiert sie mit ungläubigem Lachen und kontert: »Wie lange ist das her? Also das muss wirklich sehr lang her sein, mein Vater ist in den 1960ern gekommen, ich kenn das jetzt nicht so, ich kann mir nicht vorstellen, dass es der Großteil ist.«⁴⁰ Ecrin Çelik* bemängelt die Tendenz, die als problematisch wahrgenommenen Erfahrungen mit Einwander:innen herauszugreifen und zu generalisieren, während die Integrationsbemühungen und -erfolge der großen Mehrheit ignoriert würden. Hermann Werth* bringt ein weiteres Beispiel für fehlende Integration, abgeleitet aus seiner persönlichen Erfahrung als ehrenamtlicher Helfer beim Blutspendedienst: »Da kommen immer ältere Frauen mit, die kein Deutsch können und die Kinder müssen dolmetschen.« Ecrin Çelik versucht erneut, diese persönliche Erfahrung einzuordnen, und wirbt für Verständnis für die Schwierigkeiten der ersten Einwanderergeneration, die häufig eine geringe Schulbildung hatte und in Deutschland schwere körperliche Arbeit verrichten musste, so dass ihnen die Zeit und die Energie für Weiterbildung fehlte. »Aber das ist doch eine andere Generation, das ist die Generation meiner Mutter, die wäre jetzt 85!« Ihre Mutter sei als Analphabetin aus der Türkei gekommen und hätte zeitlebens hart gearbeitet und die Familie versorgt. Sie selbst, ihre Geschwister und ihre eigenen Kinder hätten demgegenüber alle die Schule

38 Zehn Jahre früher hat sich das noch ganz anders angehört, was auf einen Wandel der Wahrnehmungen über die Zeit hinweist (vgl. Glorius 2015).

39 Wortbeitrag Hermann Werth* (Pseudonym), Teilnehmer einer Fokusgruppendifkussion in der Stadt Salzgitter, Mai 2022.

40 Wortbeitrag Elif Çelik* (Pseudonym), Teilnehmerin einer Fokusgruppendifkussion in der Stadt Salzgitter, Mai 2022.

beendet, Ausbildungen absolviert oder studiert. Hermann Werth* lenkt schließlich ein: »Na, wenn sich das geändert hat, bin ich ja heilfroh.«

In einem Nachgespräch mit Ecrin Çelik* möchte ich wissen, ob sie dieser Disput schockiert hat. Sie verneint und argumentiert mit der starken sozialräumlichen Segregation in der Stadt, die zur mangelnden Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationsbiographie führe. Auf diese Weise verfestigten sich Stereotype wie beispielsweise bei Hermann Werth*, und Integrationserfolge der nachwachsenden Einwanderergenerationen würden ausgeblendet. So habe die Stigmatisierung der türkischen Community als bildungsfern und integrationsunwillig in Salzgitter Tradition und sei lediglich kurzzeitig durch die Problematisierung der Fluchtzuwanderung 2015 abgelöst worden, als die Stadt Salzgitter einen Aufnahmestopp verhängte: »Dann waren wir Türken mal nicht das Gesprächsthema. Oh Gott, endlich, den Posten abgegeben, hat aber nicht lange gehalten, dann haben wir den Posten wieder zurückgekriegt.«

Die Weigerung, die Integrationsleistungen der türkischen Community und ihren Beitrag zur Entwicklung der Industriestadt Salzgitter zur Kenntnis zu nehmen, scheint konform zu gehen mit der kollektiven Erinnerung zumindest eines Teils der Salzgitterer Stadtbevölkerung, die in ihrer Perspektive auf die türkeistämmige Bevölkerung in den 1960er Jahren stehengeblieben zu sein scheint. Diese mangelnde Repräsentation ihrer Community findet Ecrin Çelik* kritikwürdig, denn »wir schreiben ja die Geschichte mit!«